Nr. 94 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 23. April 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 4. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Tardieu bei Brüning

Beginn des Kuhhandels um die Reparationskonferenz — Frankreich isoliert? — Die Mission Stimsons Doch Verquickung der Kriegsschulden mit den Reparationen?

Genf. Der französische Ministerpräsident **Tardieu** stattete Donnerstag nachmittag dem Reichskanzler **Brüning** einen Besuch ab. Vorher empfing der Kanzler den belgischen Außenminister **Hymans**. Der englische Ministerpräsident **Macdonald** hat sich zu Freitag vormittag beim Kanzler **angesagt**.

Tardieu empfing Donnerstag nachmittag **Macdonald** sowie die Vertreter **Rumäniens, Südslawiens** und der **Tschechoslowakei**.

Ueber die einstündige Unterredung zwischen Brüning und Tardieu wird ebenso wenig wie über die gesamten bisherigen Besprechungen des Reichskanzlers die **geringste Mitteilung** gemacht. Die Besprechungen werden am Freitag unter **Hinzuziehung Bülows** fortgesetzt werden.

Stimsons Aufgabe in Genf

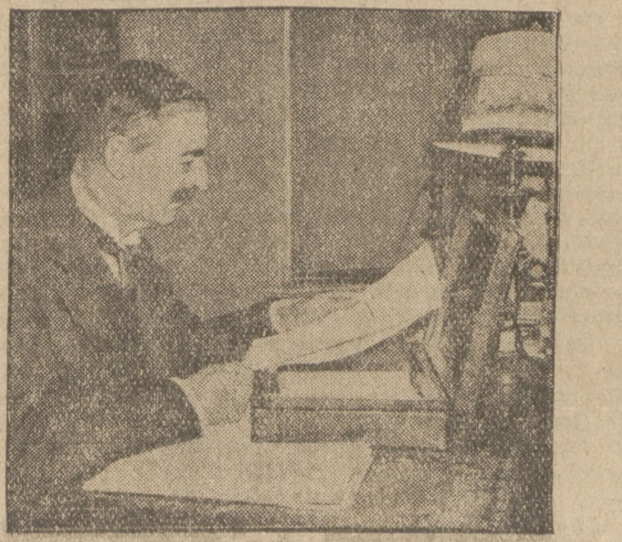
Eine Washingtoner Auslassung.

Washington. In amtlichen Kreisen wird jetzt **erstmalig zugegeben**, daß Staatssekretär **Stimson** außer der Abrüstungsfrage in Genf **auch andere Probleme** besprechen wird. Unterstaatssekretär Castle erklärte, Stimson sei zwar hauptsächlich zur **Besprechung der Abrüstungsfrage** nach Genf gefahren, aber angesichts der Finanz- und Wirtschaftslage in der ganzen Welt sei es unumgänglich, daß die in Genf anwesenden Staatsmänner auch die Kriegsschulden- und Reparationsfrage besprächen. Er betonte jedoch, daß die Besprechungen lediglich unverbindlichen und informatorischen Charakter hätten.

*

Washington. Staatssekretär Stimson hat dem Staatsdepartement auf Grund seiner Genfer Besprechungen offiziell **mitgeteilt, daß kein Land Europas vor der Lausanner Konferenz Schulden bezahlen werde.** Stimson erklärte offen, daß die Länder ihre Kriegsschuldenzahlungen von den Zahlungen Deutschlands abhängig machten und entgegen dem Protest Amerikas die Reparationen mit der Kriegsschuldenfrage verquickten.

Von hohen Beamten des Staatsdepartements wird zwar darauf hingewiesen, daß **nach Beginn der Lausanner Konferenz weitere Verhandlungen stattfinden würden**, aber gleichzeitig betont, daß die amerikanische Regierung gestützt auf die Unterschriften der Schuldnerländer auch weiterhin auf Einhaltung der bestehenden Zahlungsverpflichtungen drängen werde.



Englands Schatzkanzler mit dem berühmten Budget-Koffer

Der englische Schatzkanzler, Neville-Chamberlain, studiert den Inhalt des Budget-Koffers, in dem die englischen Finanzminister seit jeher ihre Budget-Vorlagen ins Unterhaus trugen. Die Bekanntgabe des Budgets, das mit der riesigen Ausgabensumme von über 11 Milliarden rechnet, erregte in der ganzen englischen Oeffentlichkeit größtes Interesse.

Ein neuer amerikanischer Abrüstungsvorschlag

Genf. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat der amerikanische Staatssekretär **Stimson** in seiner Unterredung mit **Macdonald** und **Tardieu** am Donnerstag vormittag einen neuen amerikanischen Abrüstungsvorschlag vorgelegt, der einen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan der qualitativen und quantitativen Abrüstung unter Berücksichtigung des Sicherheitsproblems darstellt. Dieser amerikanische Vorschlag, der auf den Bestimmungen des Kelloggpaktes aufgebaut sein soll, wird zunächst noch von allen Seiten streng vertraulich behandelt.

Ums rote Wien

Unter dem Eindruck der internationalen Verhandlungen in Genf und vielleicht noch weit mehr unter den Ereignissen des deutschen Wahlkampfes um Preußen, scheint es, als wenn die Bedeutung der Wahlen in Deutschösterreich in Vergessenheit geraten wären. Gleich Preußen und anderen Ländern wählt Deutschösterreich zur Gemeinde Wien und zugleich zum Landtag von Wien, sowie zum Landtag in Salzburg. Im Vordergrund des österreichischen Wahlkampfes steht aber zweifellos die Entscheidung, ob es der vereinigten Reaktion, von der Heimwehr Starhembergs, über die Christlich-Sozialen unter Führung von Seipel und Vaugoin bis zu den Kommunisten gelingen wird, die österreichische Sozialdemokratie von der Macht im roten Wien zu verdrängen. Es kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß unsere Wiener Bruderpartei das rote Wien und seine rote Mehrheit auch in Zukunft beherrschen wird. Eine Flut von Verleumdungen und Niederträchtigkeiten ohnegleichen regnet aus der bürgerlichen Presse und ihren Hilfskräften den Kommunisten, gegen die Sozialdemokratie herab, deren Aufbauwerk in der ganzen Welt anerkannt und bewundert wird, wo Kommunalpolitiker die besten Studien machen, nur die vereinigte Reaktion versucht, dieses Werk zu schmälern, von einem bankrotten Wien zu sprechen, weil seit 1919 die Machtposition gewechselt wurde, die Vorherrschaft des Bürgertums mußte, kraft des allgemeinen Wahlrechts, an die Wiener Sozialdemokratie abgegeben werden. Das Wiener sozialistische Aufbauwerk braucht im Rahmen dieses Wahlkampfes hier nicht mehr näher betrachtet zu werden, es spricht für sich, daß sozialer Fortschritt — wenn man den Mut hat, die besitzenden Stände zur entsprechenden Beisteuerung heranzuziehen — recht wohl schon in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich ist, wenn sich die Arbeiterklasse die Mehrheit in den gesetzesgebenden Institutionen sichert. Die Gemeinde Wien und das Land Wien haben in ihren Parlamenten eine sozialistische Mehrheit und dafür zeugt die Tat selbst, ihre Arbeit ist ein Musterwerk sozialistischen Aufbaus in der Gegenwart.

Darf es jemanden, der die Dinge objektiv beurteilt und vor allem denjenigen wundern, der das „sozialistische Mekka“ selbst gesehen hat, daß hier der Haß und die politische Unfähigkeit alles vollbringen, um nur dieses rote Wien herabzusetzen? Das Bürgertum müßte, wenn es diese Leistungen anerkennen wollte, seiner Tradition untreu werden, die da immer auf das Thema abgestimmt ist, der Marxismus ist schuld, denn hier spricht alles für den Marxismus, ist gerade das Gegenteil von dem wahr, was das Bürgertum sonst gegen die Sozialdemokratie ins Feld führt. Gewiß spielt sich der Wahlkampf zwischen den Christlichsozialen und der Sozialdemokratie ab, es scheint, daß man hier auf dem Wege zum Zweiparteiensystem sich befindet, aber groß ist die Zahl der Splitter und wo es gilt, die Sozialdemokratie von hinten zu erdolchen, Hilfstruppen der Reaktion zu sein, da dürfen die Kommunisten nicht fehlen und so auch in Wien, operieren sie doch hier mit den gemeinsten Lügen und haben dabei noch den Mut von der Einheitsfront zu reden. Die Christlich-Sozialen sind der Tradition nach den deutschen Hitlerbanden zuzuzählen, ihr geheimes Werk sind die Heimwehren des Starhemberg, jenes „Fürstenprozesses“, der zwar in Judenhaß macht, aber von Juden gern Gelder pumpt und sich Wechsel diskontieren läßt. Ein Teil dieser Heimwehren geht heute schon offen unter der Flagge des Nationalsozialismus, zum Behagen der Christlich-Sozialen um Seipel und Vaugoin, die selbst infolge ihrer Mißwirtschaft in allen staatlichen Institutionen keinerlei Schlagkraft mehr besitzen und die in Wirklichkeit an der Finanzmisere Oesterreichs die wahren Schuldigen sind, wie ihnen dies der Sozialdemokrat Breitner nachgewiesen hat. Man kann sich kaum diesen Wahlkampf vorstellen, der ausgesprochen den Charakter von Demonstrationen und Umzügen in Wien trägt, dazu einen Plakatregen und hunderte von Versammlungen aufweise, seitens unserer Wiener Genossen, gegen die vereinigte Reaktion.

Wien wird rot bleiben und trotz dieser Gewißheit gehen unsere Genossen um so schärfer der Reaktion an den Leib. Man erinnere sich dessen, daß die Waffenbeschlagnahmen in den Arbeiterheimen durch die Herren Vaugoin, den Kulissenschieber und Heeresminister im Kabinett Buresch, den Vertrauensmann Seipels, nur deshalb vollzogen wurden, um den republikanischen Schutzbund in Oesterreich vor dem Ausland zu denunzieren, um so den Druck gewisser Mächte auf

Deutscher Memelprotest

Eine Denkschrift an die Signatarmächte — Gegen die Fälschung der Memelwahlen

Genf. Die deutsche Regierung hat den **vier Unterzeichnerstaaten** der Memelkonvention eine ausführliche Denkschrift überreicht, in der auf die **neuen Vorkommnisse im Memelgebiet**, insbesondere auf die **unrechtmäßige Zusammensetzung der Wahlausschüsse**, die Beschränkung der **Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit** und auf die **neuen Einbürgerungen** hingewiesen wird.

*

Genf. In der von Staatssekretär von Bülow unterzeichneten Note der Reichsregierung an die vier Unterzeichnermächte der **Memelkonvention** wird besonderer Nachdruck auf den **gefahrvollen** Charakter der Maßnahme gelegt, durch die die litauische Regierung die kommenden Landtagswahlen im Memelgebiet, insbesondere auf dem Wege der Einbürgerung zu **beeinflussen** sucht.

Die Note hebt die Notwendigkeit **strengster Innehaltung** des Memelstatuts und der Memelkonvention durch die litauische Regierung hervor und gibt eine eingehende Darstellung der gesamten Vorkommnisse und der Lage im Memelgebiet.

In der deutschen Note wird ferner nachdrücklichst die Aufmerksamkeit der Unterzeichnerstaaten auf die **Aufhebung** der bisher geltenden **einjährigen Frist** für die **Einbürgerung im Memelgebiet** gelenkt.

Der Ueberreichung der Note sind zahlreiche vertrauliche Besprechungen des Leiters der Ostabteilung, Ministerialdirektor **Meyer**, mit den in Genf anwesenden Vertretern der vier Mächte vorausgegangen. Eine Stellungnahme der vier Unterzeichnerstaaten zur deutschen Note **liegt noch nicht vor.**

Höltermann über Reichsbannermaterial

Berlin. Der Führer des Reichsbanners, **Höltermann**, äußerte sich am Donnerstag nachmittag vor einigen Vertretern der Presse **über das Reichsbannermaterial**, das dem Reichsinnenminister zur Prüfung zugeleitet worden ist. Er bezeichnete den Inhalt des Materials als **belanglos**. Es handele sich in der Hauptsache um Ausschnitte aus Zeitungen über Dinge, die teilweise **unrichtig wiedergegeben worden seien**. Ein einziger Geheimbefehl des Reichsbanners vom 9. November 1931 sei darunter, der aber der Regierung und den Behörden damals zur Kenntnis gebracht worden sei. Unter dem „Material“ über Anmaßung polizeilicher Befugnisse des Reichsbanners, das dem Reichspräsidenten zugeleitet worden sei, befinde sich auch neben Zeitungsausschnitten eine Reihe **von Meldungen von Agenten**, die zum Teil im Dienste des **Reichswehrministeriums arbeiteten**. Ueber den Inhalt dieser Meldungen wolle er, Höltermann, aber im Interesse der Staatssicherheit **nichts Näheres mitteilen.**

Oesterreich zu lenken, ihn durchs Ausland verbieten zu lassen, just um die gleiche Zeit aber rüsten die Heimwehren, legen geheime Waffenlager an, fabrizieren Handgranaten, wovon die Vaugoin-Regierung unterrichtet ist, aber nichts unternimmt, denn es sind ja angeblich nur Abwehrmaßnahmen gegen den Schutzbund, der sich nur wehrt, um die Republik zu erhalten. An der Spitze der Verleumder der österreichischen Sozialdemokratie steht der „Heeresminister" Vaugoin, der schon vor Jahren, anläßlich der letzten Nationalratswahlen, einen „Fürsten" Starhemberg, in die Regierung als Innenminister hineinschmuggelte, der gleich Hitler in Deutschland das Köpferollen in Oesterreich besorgen wollte. Der Kampf mißlang, die Sozialdemokratie blieb Siegerin in dieser Entscheidung und übrig blieb die Pleite der Seipel und Vaugoin, die noch heute in Oesterreich ihr Unwesen treiben, daß dieses Land nicht zum inneren Frieden kommen kann.

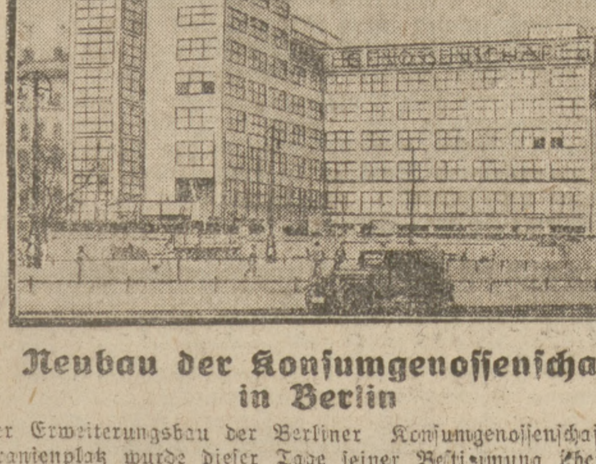
Das Ziel der österreichischen Sozialdemokratie ist aber weiter gesteckt, als nur die Mehrheit im roten Wien und im Wiener Landtag zu behalten und auszudehnen. Es soll in diesem Kampf gezeigt werden, daß es auf die Dauer unerträglich ist, ein Land gegen den Willen der stärksten Partei zu regieren, was jetzt das Bürgertum in ganzer Front tatsächlich vollführt. Der Korruptionswirtschaft der bürgerlichen Parteien, die so manches Bankinstitut zugrunde richteten, stellt die Sozialdemokratie ein gesundes Finanzprogramm gegenüber, freilich, unter Belastung der Kreise, denen man neue Lasten trotz aller Wirtschaftsnot, noch immer auferlegen kann. Niemand wird trotzdem bestreiten, daß die Wirtschaftslage, dank der Bürgerblockregierungen in Oesterreich, ungeheuer ist, daß der Wiederaufbau nur mit fremder Finanzhilfe erfolgen kann. Aber ginge es nach den Christlich-Sozialen, so würde Oesterreich, unter Leitung Seipels, längst eine französische Kolonie geworden sein, müßte aus seinem Programmziel den Anschlußgedanken ans Reich längst streichen lassen. Daß es bisher nicht so gekommen ist, verdankt die Demokratie Europas der stärksten österreichischen Partei, der Sozialdemokratie, um sie wird kein Tardieu für eine Donauföderation werben, um mit Ungarn gemeinsam dort einen reaktionären Block gegen die europäische Demokratie zu errichten. So bescheiden der Kampf ums rote Wien nach außenhin geführt wird, die Kernfrage liegt viel tiefer, man will das Aufbauwerk des roten Wien schänden und darum die Anstrengungen der vereinigten Reaktion und ihrer Hilfstruppen unter den Kommunisten!

Die Wahlen zu den einzelnen Gemeinden, außerhalb des Bundesstaates Wien und zum Salzburger Landtag, dürften kaum wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung bringen, es sei denn, daß diesmal die bürgerlichen Parteien ihre Gefolgschaft mehr an die Heimwehrkandidaten und die Nationalsozialisten abgeben müssen, daß sich auch hier wie in Deutschland, der Umwandlungsprozeß, zugunsten des Nationalismus, vollzieht und dadurch die bürgerlichen Parteien wesentlich zusammenschrumpfen. Sie werden den Dank der Verhetzungsarbeit ernten, den sie vereint gegen die Sozialdemokratie geleitet haben, mit dem Unterschied, daß die Sozialdemokratie auch in diesem Kampf die Anerkennung der Massen finden wird, dafür bürgt das rote Wien, mit seiner musterhaften Finanzwirtschaft, während Oesterreich als Gesamtstaat einen Skandal nach dem anderen erträgt und verpfuscht, weil es so die Korruptionswirtschaft der bürgerlichen Parteien so will. Die Sozialdemokratie hat das Wahlrecht der Arbeiterklasse schon in der Vorkriegszeit erobert, wenn auch im alten Oesterreich alles getan wurde, um den Vormarsch der Sozialdemokratie aufzuhalten. In der Republik führt die Sozialdemokratie unentwegt diesen Kampf weiter, weist auf diesem Wege Erfolg auf Erfolg auf, und so ist auch für den 24. April die berechtigte Hoffnung vorhanden, daß auch diese Wahlen einen weiteren Fortschritt bedeuten werden. Hierzu wünschen wir den österreichischen Genossen den besten Erfolg, das internationale Proletariat blickt mit besonderem Stolz auf diese Leistung der Wiener Sozialdemokratie. —ll.

Gegen die Abrüstung!

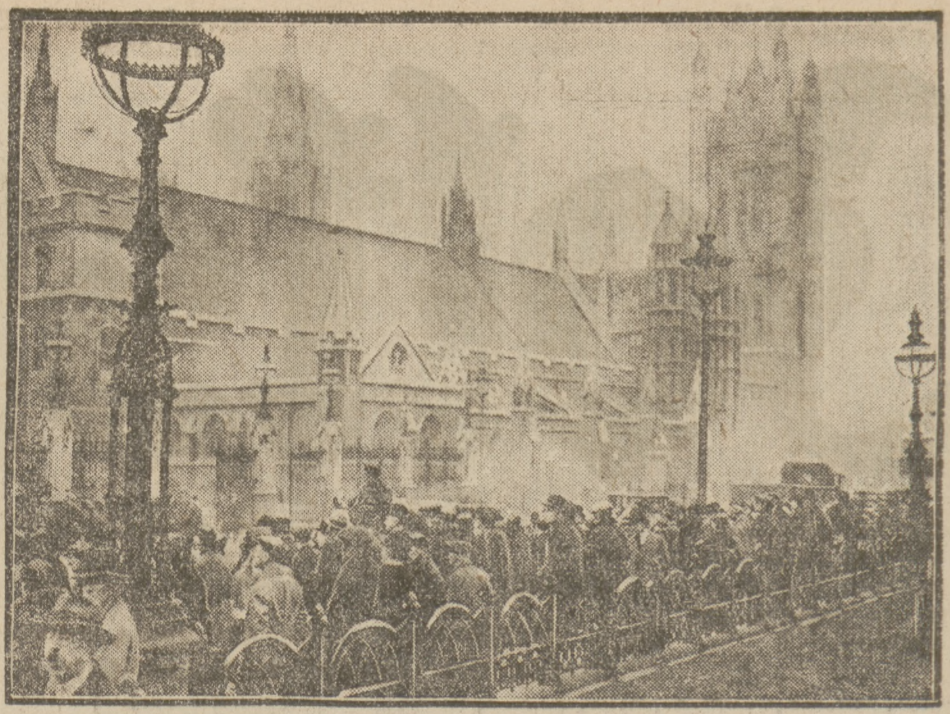
Die Trabanten Frankreichs auf der Konferenz.

Genf. Die Mächtegruppe, die am Donnerstag vormittag unter Führung des rumänischen Gesandten Titulescu den Gegenvorschlag gegen den Antrag der englischen Regierung auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen eingebracht hatte, setzt sich nur aus 13 Staaten zusammen. Diese Staatengruppe, die also versucht, die Abrüstungskonferenz zu sabotieren, besteht eigenartigerweise hauptsächlich aus den südamerikanischen Staaten, die ihre Pariser diplomatischen Vertreter auf die Abrüstungskonferenz entsandt haben, nämlich Bolivien, Chile, Columbien, Cuba, Guatemala, Venezuela, Paraguay und Uruguay, ferner den drei Mächten der kleinen Entente: Rumänien, Südslawien und Tschechoslowakei, sowie Polen und Persien. Die französische Abordnung hat es vorgezogen, den Antrag dieser 13 Mächte offiziell nicht zu unterschreiben, obwohl in Konferenzkreisen nicht der geringste Zweifel darüber besteht, daß der Antrag auf französischen Wunsch zurückging.



Neubau der Konsumgenossenschaft in Berlin

Der Erweiterungsbau der Berliner Konsumgenossenschaft am Oranienplatz wurde dieser Tage seiner Bestimmung übergeben.



Wenn im Parlament das Budget beraten wird

sammeln sich vor dem Londoner Parlamentsgebäude viele Schaulustige an, um den Finanzminister Chamberlain zu sehen.

Interventionsgefahr für Rußland?

Die Rede Molotows auf dem Bundeskongreß der sowjetrussischen Gewerkschaften

Moskau. In der Eröffnungssitzung des 9. Gewerkschaftskongresses der Räteunion hielt Molotow eine längere Rede, in der er zunächst auf die Rolle des ersten Fünfjahresplanes und die Aufgabe der Gewerkschaften im zweiten Fünfjahresplan einging. Danach erklärte Molotow über die außenpolitische Lage, daß die Imperialisten im fernen Osten die Vorbereitungen für den Angriff auf den Rätebund bereits so gut wie abgeschlossen hätten. Es bestehe heute kein Zweifel mehr, daß zwischen dem japanischen Generalstab und verschiedenen Generalstäben in Europa engste Verbindung bestehe. Die japanischen Imperialisten hätten keine Bedenken gehabt, die Mandschurei zu besetzen und dadurch einen schweren Konflikt heraufzubeschwören. Die Räteunion verfolge nach wie vor eine Friedenspolitik. Sie könne sich jedoch Herausforderungen nur bis zu einer gewissen Grenze gefallen lassen.

Molotow betonte sodann, daß die Interventionen vor 12 Jahren unter günstigeren Umständen für die Imperialisten durchgeführt worden seien. Heute seien die Umstände für die Imperialisten wesentlich ungünstiger. Die Ereignisse der letzten Jahre hätten gezeigt, daß die Sowjetunion über werktätige Massen verfüge, die ihrer Aufgabe voll gewachsen seien. Die rote Armee stehe an den Grenzen und werde sämtliche Angriffe abzuwehren wissen. Sie stütze sich auf die unbedingt zuverlässige Hilfe aller Werktätigen des Rätebundes, die die Sache des Proletariats bis zum Ende verteidigen würden.

Ausnahmezustand an der russisch-mandschurischen Grenze

Tokio. Die japanische Presse meldet, daß das Oberkommando der Roten Armee im Fernen Osten am Mittwoch den Ausnahmezustand an der russisch-mandschurischen Grenze verhängt habe. Besonders soll die Grenze bei Pogranitschna bewacht werden, wo nach russischer Auffassung ein Einfall von Weißgardisten droht.

Das japanische Oberkommando hat angeordnet, daß die japanischen Staatsangehörigen Pogranitschna sofort verlassen und nach Japan reisen.

Diktaturkrise in Südslawien

Belgrad. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Kabinettskrise am Donnerstag abend durch Ernennung des Vorstandes der Agramer Gemeindeverwaltung, Srkulj, zum Sozialminister und des Abgeordneten Pogatschnik zum Bautenminister beendet worden. Der Finanzminister und der Innenminister haben ihre Rücktrittsgesuche zurückgezogen.

Eine amtliche Mitteilung über die Ernennung der neuen Minister ist nicht erfolgt, weil auch über den Rücktritt der früheren Minister eine amtliche Mitteilung nicht ausgegeben wurde.

Amerikanisch-sowjetrussische Verhandlungen

Genf. Zwischen Stimson und dem sowjetrussischen Außenkommissar Litwinow sollen, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, durch Vermittlung eines Vertrauensmannes streng geheimgehaltene Verhandlungen über die Haltung der Vereinigten Staaten und Sowjetrußland in den fernöstlichen Fragen stattgefunden haben. Von amerikanischer Seite soll lebhaftes Interesse für eine übereinstimmende Haltung der beiden Mächte zum japanisch-chinesischen Konflikt vorhanden sein. In den Verhandlungen soll auch die Frage der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Amerika und Rußland geprüft worden sein. Die Verhandlungen scheinen jedoch auf gewisse Schwierigkeiten gestoßen zu sein, so daß praktische Ergebnisse bisher noch nicht vorliegen.

Schwere Kommunistenkrawalle in Philadelphia

New York. In Philadelphia veranstalteten Kommunisten am Donnerstag einen sogenannten „Hungermarsch" durch das Geschäftsviertel der Stadt, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Mindestens 60 Personen wurden verletzt, darunter ein Polizist lebensgefährlich. Berittene Polizisten trieben die Menge, aus der mit Steinen geworfen wurde, auseinander. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet.

Breitscheid über die Preußenwahlen

In Königsberg unterstrich Breitscheid in einer sozialdemokratischen Versammlung, die Eiserne Front habe Hindenburg gewählt, weil sie sich den Kampfboden nicht habe nehmen lassen wollen, den diese Republik für sie immerhin darstelle. Preußen müsse noch rücksichtsloser gegen Beamte sein, die zwar den Eid auf die Verfassung geschworen hätten, sich aber nicht scheuten, die Republik zu bekämpfen. Ein Parteibuchbeamtentum würde erst von den Nationalsozialisten geschaffen werden. Ein Beispiel solchen Parteibeamtentums sei Hitler selber.

An einen Angriff Polens auf Ostpreußen glaube er, Breitscheid, nicht. Er wende sich gegen die Behauptung, daß etwa die Sozialdemokratie Ostpreußen jemals aufgeben würde. Wenn sich die Litauer im Memelgebiet Uebergriffe erlaubten, so käme das daher, daß sie sich sicher fühlten wegen des deutschen Gegensatzes zu Polen.

Zum Schluß unterstrich der Redner, die Sozialdemokratie würde den Wünschen, die Eiserne Front und das Reichsbanner aufzulösen, den stärksten Widerstand entgegensetzen. Das Reichsbanner werde seine Aufgabe als erfüllt ansehen, wenn der Staat stark und willens genug sei, den Schutz derer selbst zu übernehmen, die sich zu ihm bekennten.

Schwere Besorgnis um Macdonald

London. Die Morgenpresse beschäftigt sich mit dem besorgniserregenden Zustand von Macdonalds Augen und drückt allgemein die Hoffnung aus, er möge sich nicht so weit verschlechtern, daß Macdonald zurücktreten müsse. Es wird daher empfohlen, daß er sich dem Rate seiner Aerzte füge und zunächst nach seiner Rückkehr aus Genf sich mehrere Wochen vollkommen erhole und sich einen Teil seiner Verantwortlichkeit zeitweise abnehmen lasse. In politischen Kreisen wird großes Gewicht darauf gelegt, daß zur Zeit keine Veränderungen in der Regierung eintreten. Die liberale „News Chronicle" und der sozialistische „Daily Herald" erklären, daß es lediglich Macdonald sei, der die Nationalregierung, deren Unstimmigkeiten auch zur Zeit im Zusammenhang mit dem neuen Haushalt nicht mehr verhüllt werden könnten, noch zusammenhalte.

Eine Gerichtssaaldecke eingestürzt

Bisher 5 Tote.

Paris. Ein schweres Einsturzunglück ereignete sich am Donnerstag vormittag während einer Gerichtsverhandlung im Justizgebäude von Ajaccio (Korsika) im großen Sitzungssaale, in dem etwa 50 Personen versammelt waren. Plötzlich stürzte die Decke ein und begrub alle Anwesenden unter den Trümmern. Feuerwehr und Militär konnten bis zum Mittag 5 Leichen bergen. Eine ganze Reihe Schwerverletzter mußte ins Krankenhaus überführt werden.



Attentat auf den spanischen Innenminister

Der spanische Innenminister Cesares Quiroga wurde auf offener Straße in Sevilla von einem Arbeitslosen angefallen, der ihn mit einem schweren Hammer niederzuschlagen versuchte. Der Schlag verfehlte glücklicherweise sein Ziel und traf einen neben ihm stehenden Beamten an der Schulter. Der Arbeitslose gab an, daß er durch diese Tat die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf seine trostlose Lage lenken wollte.

Die überflüssigen Besuche des Oberarbeitsinspektors

Oberarbeitsinspektor oder Generaldirektor der Schwerindustrie? — Zur Lohnabbau-Ankündigung brauchen wir keinen Oberarbeitsinspektor — Die Taktik des Herrn Klott kompromittiert die Arbeitsinspektore

Vor einigen Tagen hat den schlesischen Arbeitern der Oberarbeitsinspektor, Herr Klott, einen Besuch gemacht, um ihnen zu sagen, daß die Löhne in der Eisenindustrie abgebaut werden müssen. Das war eigentlich der ganze Zweck des Besuches, denn sonst hat Herr Klott nichts weiter erledigt. Bevor Herr Klott nach Kattowitz gekommen ist, war der Demobilmachungskommissar, Maske, in Warschau und hat dort ausführlich über alles berichtet und konferiert. Sicherlich waren mit Herrn Maske die Vertreter des Arbeitgeberverbandes in Warschau gewesen, und falls sie nicht direkt mit ihm zusammen waren, so waren sie schon vorhin dort und haben auch alles gründlich besprochen und die ganze Taktik, sowohl bezüglich des Lohnabbaues, als auch der Arbeiterreduzierung, festgelegt. Das was Herr Klott in Kattowitz gesagt hat, war nur eine formelle Sache.

Die Kapitalisten wollen von den Arbeitern Ruhe haben und deshalb schicken sie einen Regierungsvertreter zu den Arbeitern, der ihnen die Notwendigkeit des Lohnabbaues verkünden soll.

Das ist viel bequemer und die Aufregung legt sich bald.

Als im Januar die Lohnabbaufrage im schlesischen Bergbau in den Vordergrund rückte, traute man sich mit der Sprache gar nicht heraus. Die Arbeiterdelegationen sprachen beim Demobilmachungskommissar in Kattowitz und beim Arbeitsministerium, besonders beim Herrn Klott vor. Man hat den Arbeiterdelegationen nichts Positives erklärt. Man gab ausweichende Antworten, sagte eine „Prüfung" und Untersuchung der ganzen Angelegenheit zu. Angeblich sollte eine besondere Kommission die Gesamtlage prüfen. Tatsächlich war auch Herr Peche vom Handelsministerium in Oberschlesien gewesen, aber er hat nicht geprüft, sondern über Ausfuhrprämien für die Exportkohle mit den Kapitalisten verhandelt.

Wohl wußten wir nur zu genau, daß der Lohnabbau in Warschau abgemacht und beschlossen wurde, aber man traute sich nicht recht mit der Sprache heraus.

Man fürchtete ein wenig die Arbeiter und tat so, als wenn man „unparteiisch" wäre. Selbst noch im Februar, als die Sache aktuell war und wir von dem Lohnabbau offen sprachen, hat man in den offiziellen Kreisen geschwiegen

und rückte erst am Entscheidungstage mit der Sprache heraus,

in dem man den Arbeitern sagte, daß der Lohnabbau zwar kommen wird, aber er wird nicht „schmerzhaft" sein. Das war noch im Februar gewesen und heute, acht Wochen später, spricht man schon ganz anders.

Kaum, daß die Kapitalisten mit dem Antrag auf den Lohnabbau ausgerückt sind, kommt schon der Oberarbeitsinspektor nach Kattowitz und unterstützt den Antrag des Arbeitgeberverbandes durch eine gleichlautende Erklärung.

So weit sind wir schon in Polnisch-Oberschlesien gelangt, daß man den Arbeitern ungeschminkt ins Gesicht sagt, daß ihre Eroberungen, ihre mühsam erkämpften Löhne, abgebaut werden müssen. Man fürchtet nichts und niemanden mehr. Das ist auch gar nicht notwendig, denn man hat das Verhalten der schlesischen Arbeiter beobachtet, wie sie sich während des letzten Lohnkampfes im Bergbau und während des Streiks in Dombrowa Gornicza benommen haben. Diesen Arbeitern und ihren Führern kann man alles offen sagen, ohne befürchten zu müssen, daß sie einen Kampf aufnehmen werden.

Das sind leider Tatsachen, die ausgesprochen werden wollen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie vielen nicht gefallen werden. Dessen ungeachtet ist die Taktik der Arbeitsinspektore ein Kapitel für sich, das man nicht unerwähnt lassen kann.

Wozu brauchen wir einen Demobilmachungskommissar, wozu einen Oberarbeitsinspektor, wenn die Kapitalisten machen können was sie wollen? Warum kommt der Oberarbeitsinspektor nach Kattowitz, um hier die Geschäfte des Arbeitgeberverbandes zu besorgen?

Dazu haben doch die Kapitalisten den Herrn Tarnowski und andere, die sie doch direkt fürstlich bezahlen. Als während des englischen Streiks die Arbeiterlöhne um einige Prozente hinaufgerückt wurden,

hat man sofort die Kohlenpreise und die Eisenpreise erhöht,

damit „Ausgleich" geschaffen wird. Jetzt werden die Löhne abgebaut, alle paar Monate von neuem, aber wir

hören nichts vom Preisabbau in der Kohlenproduktion.

Wir hören auch nichts darüber, daß die Verwaltungskosten abgebaut werden, daß die überflüssigen Generaldirektoren und Direktoren abgebaut werden. Wohl werden Angestellte abgebaut, aber die Direktoren verbleiben, selbst wenn die Betriebe stillgelegt werden und

belasten weiterhin die Produktion mit ihren fabelhaften Gehältern.

Nicht nur die Arbeiter, aber auch die Gemeinden haben auf diesen Krebsschaden wiederholt hingewiesen, nur der Oberarbeitsinspektor, der da speziell nach Kattowitz eilt, um den Arbeitern den Lohnabbau zu verkünden, schweigt wie ein Grab über die hohen Bezüge. Anscheinend findet er das vollkommen in Ordnung und hält es für überflüssig, darüber zu reden. Das ist alles sehr bezeichnend und besagt nur,

daß die Arbeitsinspktore genau so wie die Arbeiter und Angestellten sich dem Diktat der Kapitalisten beugen

und nicht einmal den Versuch wagen, ihre Meinung auszusprechen.

Nun ist die Lage im allgemeinen sehr kritisch, besonders für die Arbeiterschaft. Schon heute kann man annehmen,

daß aus einem neuen Manteltarif

in der schlesischen Schwerindustrie nichts wird. Jedenfalls stellen wir hier fest,

daß die Arbeiter lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesen sind.

Daß muß man sich vor jeder Aktion vor den Augen halten. Wohl steht hinter der Arbeiterschaft das Demobilmachungsgesetz, aber nur noch auf dem Papier. Das Demobilmachungsgesetz verleiht der Regierung weitgehende Rechte, aber die Regierung wird davon keinen Gebrauch machen. Wenn nicht alle Arbeitereroberungen in die Brüche gehen sollen,

so muß ein Kampf durch die Industriearbeiterschaft

vorbereitet werden. Man muß einen geeigneten Zeitpunkt aussuchen und losschlagen, aber nicht etwa mit papiernen Resolutionen, wie das bis jetzt der Fall war, sondern so wie sichs gehört. Alles steht auf dem Spiele, denn alle Arbeitereroberungen sind bedroht. Auf den Manteltarif können die schlesischen Arbeiter nicht verzichten, die Sache darf auch nicht verschlafen werden. Es müssen sich Mittel finden, die die Kapitalisten zur Vernunft bringen werden.

Freispruch für Kapitän Oszek

Es lag Unglücksfall und keine fahrlässige Tötung vor

In den frühen Morgenstunden des 1. Februar, und zwar gegen 4 Uhr, ereignete sich vor dem Restaurant „Silesia" auf der Wojewodzka in Kattowitz, ein bedauerliches Vorkommnis, das ein Menschenleben zur Folge hatte. Es kam dort zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Kaufmann Stephan Gorski und Kapitän Oszek. Letzterer wurde von Gorski beleidigt und versetzte diesem einen Schlag, worauf Gorski, der sich hart am Bordstein befand, mit dem Hinterkopf scharf auf das Straßenpflaster aufschlug und so schwere Verletzungen erlitt, daß er eine Stunde nach dem Vorfall im Spital verstarb. Diese Angelegenheit kam am gestrigen Donnerstag vor dem Landgericht Kattowitz zur Verhandlung.

Das Vorkommnis hatte nach Darstellung der Zeugen, folgenden Verlauf: Kapitän Oszek beabsichtigte mit seinen Begleitern noch im Restaurant „Silesia" einzukehren, nachdem er schon anderswo verweilt hatte. Das Bedienungspersonal des Restaurants ließ

zu so später Stunde nur noch bekannte Personen ein.

Kapitän Oszek galt als eine solche Person. Er pochte ans Fenster und gab ein Zeichen, daß er nicht allein, sondern weitere Gäste einkehren wollten. An der Kreuzung der Plebiscytowa und Wojewodzka stand in einer Entfernung von einigen Metern der Kaufman Stefan Gorski, der die Handzeichen des Oszek sah und infolge eines Mißverständnisses annahm, daß es sich um eine Provokation handele, und man nach ihm mit den Fingern zeige, machte er eine herausfordernde Bemerkung. Er erklärte, daß man Hachaten und sonstigen Elementen sofort Einlaß gewähre, Proletarier aber stets benachteiligt würden. Gorski trat auf Aufforderung an die Gruppe des Kapitän Oszek heran und wurde von einem gewissen Chowainski darauf aufmerksam gemacht, daß er durch seine Aeußerungen einen Offizier beleidigt habe. Daraufhin machte Gorski, der übrigens selbst Pole und gebürtiger Posener war, abfällige Bemerkungen. Erst jetzt mischte sich Kapitän Oszek ein, welcher dem Gorski, mit dem er sich vorher gar nicht kannte, zu verstehen gab, daß er mit Worten vorsichtiger umgehen möge. Gorski versetzte nach den weiteren Zeugenaussagen, dem Oszek mit dem Knie einen Stoß in den Unterleib, worauf Oszek ihm in der Abwehr einen Schlag ins Gesicht versetzte. Gorski machte noch eine Bewegung, als wollte er erneut gegen Kapitän Oszek vorgehen, glitt dann aber am Bordstein aus und fiel hinterrücks mit aller Wucht auf das Straßenpflaster.

Die erlittene Kopfverletzung hatte dann den Tod zur Folge.

Zu erwähnen ist, daß Kaufmann Gorski als ruhiger und besonnener Mann galt. Allerdings hatte er seit Vormittag 10 Uhr des vorangegangenen Tages bis spät in die Nacht hinein, an einer Feier von Kegelfreunden teilgenommen und dürfte infolge des genossenen Alkohols in einer nervösen Ueberreizung gehandelt haben, die dann zu dem bedauerlichen Vorkommnis führte.

Der Staatsanwalt versuchte die Anklage wegen Tötung aus Fahrlässigkeit aufrecht zu erhalten, jedoch hatte er keine Handhabe, um seinen Antrag überzeugend motivieren zu können. Der Verteidiger des Beklagten legte vor Gericht dar, daß keine Schuld des Kapitän Oszek vorlag und der bedauerliche Unglücksfall von Gorski selbst verschuldet wurde, welcher sich in Beleidigungen erging und dann dem Angeklagten noch einen Tritt in den Unterleib versetzte. Selbst wenn Gorski auf Grund des erhaltenen, heftigen Schlages ins Gesicht zu Fall gekommen wäre, könne Kapitän Oszek nicht für schuldig erkannt werden, da er schon in Notwehr handelte und niemals einen so folgenschweren Ausgang vorausahnen konnte. Das Gericht schloß sich dem Standpunkt des Verteidigers an und erkannte auf glatten Freispruch, mit der Maßgabe, daß es sich in dem vorliegenden Falle

um einen bedauerlichen Unglücksfall

gehandelt habe, für den der Angeklagte nicht verantwortlich zu machen sei.

y.

Polnisch-Schlesien

Nur für „Herrschaften"

Was diese „Aufklärung" zu bedeuten hat, wissen alle Arbeiter und Angestellten, denn alle haben bereits solche Warnungstäfelchen angeschlagen gesehen und haben vor ihnen gestanden und sie auch gelesen. Wir brauchen kaum hinzuzufügen, daß kein einziger Prolet sich jemals erdreistet hat, diese Vorschrift zu übertreten. Sie gilt mehr, als eine Polizeiverordnung.

Nicht überall stehen solche Aufschriften auf kleinen Emailletäfelchen, und doch werden sie befolgt, d. h. der Proletarier vergreift sich an Sachen nicht, die lediglich für die „Herrschaften" bestimmt sind. Dafür sorgen schon die hohen Preise, die direkt, wie die Wachhunde, sich vor viele Artikel schützend stellen. Man braucht nur in ein Delikatessengeschäft, wie z. B. bei Borinski, zu gehen und wird sich überzeugen können. Auf einem Glasgestell, mit Glas zugedeckt, liegt Lachs ausgestellt. Appetitlich sieht die Sache aus und ein kleines Täfelchen kündigt an, daß ein Pfund 16 Zloty kostet. Also nur für „Herrschaften", nicht für die Proletarier. Gleich daneben liegt Roquefortkäse, sieht zwar weniger schmackhaft aus, wie der Lachsschinken, ist aber wirklich eine Delikatesse, aber der Preis schützt ihn vor dem Proletariergaumen. Ein Pfund kostet nur 28 Zloty. In Deutschland kann man Lachsschinken für einige Groschen haben, denn wenn wir nicht irren, kostet er dort 40 Pfennige das Pfund, und die Proletarier können auch davon essen. Bei uns geht das nicht, denn sonst könnte der Staat finanziell darunter leiden.

In den Körben liegen blutrote Apfelsinen, Prachtobst, groß, wie ein Kinderkopf. Daneben sieht man Ananasfrüchte, ähnlich, wie unsere Zuckerrüben. Sie duften von weitem und man kann das Auge nur mit Mühe davon abwenden. Nur für die „Herrschaften", nicht für die Proletarier. In anderen Ländern kosten diese Leckerbisse einige Groschen, bei uns kommt eine rote Blutapfelsine auf 2 Zl. Wenn wir einmal Generaldirektoren sein werden, so werden wir und unsere Kinder davon essen. Heute ist das nur für „Herrschaften" bestimmt. Wir könnten so den ganzen Tag erzählen, müssen aber auch noch ein anderes „Gebiet" streifen, weil der Raum in der Zeitung beschränkt ist und nicht selten wird um jede Zeile, zwischen den Redaktionskollegen, ein Kampf geführt.

Von den schönen Autos, den Flugzeugen und anderen Dingen wollen wir auch ganz absehen. Das ist nichts für die Proleten, denn das ist alles nur für die Herrschaften. Im Himmel werden die Proleten es dafür besser haben, denn dort werden sie Lachsschinken, blutrote Apfelsinen essen und herumfliegen können nach Herzenslust. Es fragt sich nur, ob die Besitzenden auch dort drüben keine Nationalisierung des Herumfliegens einführen. Sie sind jedenfalls gescheiter als die Arbeiter und der Gescheite sorgt schon dafür, daß der Dumme keine Sprünge macht.

Nun wird aus Warschau mitgeteilt, daß die Auslandspässe 400 Zloty kosten werden. Aus einer Reihe von Ländern wird gemeldet, daß die Pässe abgeschafft wurden. Wir müssen uns nicht daran halten, wir können auch das Entgegengesetzte machen und das machen wir auch. Angeblich soll der Mehrertrag den Arbeitslosen zufließen. Wir sind sehr vorsorglich und tun alles Mögliche für die Arbeitslosen. Es fragt sich aber, ob die Arbeitslosen davon etwas haben werden, und wir erlauben uns, das zu bezweifeln. Auslandsreisen sind eben nur für „Herrschaften" und der Arbeiter kann im besten Falle den Flaps dafür kriegen.

Die Schulen, wenigstens, was Mittelschulen und Hochschulen anbetrifft, sind auch nur für Herrschaften bestimmt. Wohl bestimmt die polnische Verfassung, daß der Schulunterricht unentgeltlich ist, aber praktisch setzt man das Schulgeld höher und höher hinauf, damit sich dort nicht etwa ein Proletarierkind verirrt. Alles, was besser schmeckt, was angenehm und schön ist, was zu Wissenschaft verhilft, ist nur für die „Herrschaften" bestimmt. Man sollte das durch Aushang kleiner Täfelchen kundtun, damit alle wissen, woran sie sind.

Aus der Budgetkommission

Neue Lichtsteuern. — Um die Kommunalfinanzen.

Die Budgetkommission und die Selbstverwaltungskommission hielten gestern eine gemeinsame Sitzung ab, um die Wojewodschaftsvorlage für Einführung einer Steuer für elektrischen Lichtverbrauch, sowie aber das Projekt der Verteilung der Kommunalsteuerzuschüsse zu beraten. Ueber die Einführung der Lichtsteuer entspann sich eine rege Debatte, in deren Verlauf gefordert wurde, daß die Steuer vom Produzenten und nicht vom Konsumenten, getragen werden soll. Während ein Teil der Abgeordneten zunächst für die Einführung dieser Steuer war, mußte man sich anders orientieren, so daß schließlich nur noch die Sanatoren das Projekt vertreten haben. Scharf gegen jede neue Steuereinführung sprachen sich die Abg. Ulitz, Glücksmann, Kozak und Sikora aus und lehnten diese Steuer überhaupt ab. Als Experten erschienen auch Vertreter der O. E. W. und des Arbeitgeberverbandes, die sich insbesondere gegen verschiedene Nachrichten wandten, als wenn das Licht zu teuer wäre, jedenfalls ist, nach ihrer Ansicht, der Preis in Oberschlesien, im Gegensatz zu anderen Teilen Polens, der billigste, und gerade die O. E. W. gilt auch der Regierung für die anderen polnischen Elektrizitätswerke als Muster. Schließlich wurde die Vorlage vertagt, wobei man sagen kann, daß diese neue Steuer keine Aussicht hat, im Plenum Annahme zu finden.

Das Projekt über die Kommunalfinanzen wurde dann behandelt und in allen drei Lesungen angenommen, nachdem verschiedene Verbesserungen eingebracht wurden, unter anderem, daß in Zukunft den Kommunen die Einkommensteueranteile zufallen sollen, von den Steuerzahlern, die in ihrer Gemeinde wohnen, wenn sie auch außerhalb tätig sind, während die Steuern bisher immer der Kommune zugeteilt wurden, in welcher der Sitz der Verwaltung war. Einzelne Verteilungsschlüssel sind dann noch, zugunsten der Kommunen, erhöht worden, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Wird der Demobilmachungskommissar eingreifen?

14 Hüttendirektoren haben eine Konferenz abgehalten und faßten einen Beschluß, ihren Angestellten zu empfehlen, unabhängig von dem 10prozentigen Gehaltsabbau, „freiwillig" auf 15 Prozent des Gehaltes zu verzichten. In der Eintrachthütte haben die modernen Sklaven „freiwillig" den 15prozentigen Gehaltsabbau angenommen, weshalb die Herren Direktoren allen Hüttenangestellten empfohlen haben dasselbe zu tun und ebenfalls die 15 Prozent von den Gehältern zu opfern, damit die 14 Herrn Direktoren in ihren Riesenbezügen nicht geschmälert werden. Hier wäre eine gründliche Reduktion sowohl quantitativ als auch qualitativ am Platze, aber das ist den Herrn Direktoren nicht in den Sinn gekommen. Doch setzen sich die Angestellten in den anderen Hütten zur Wehr und wollen von dem „freiwilligen" Gehaltsabbau nichts wissen. Wir meinen, daß die Gehaltssache keine Privatangelegenheit der Hüttendirektoren und ihrer Angestellten mehr sei, weil sie vertraglich geregelt wurde. Vertrag ist eben ein Vertrag und es gehört dazu noch ein Dritter, nämlich der Gesetzgeber, wenn es sich um die Abänderung eines Vertrages handelt. Hier muß doch der Demobilmachungskommissar eingreifen und der Erpressungsaktion, die von den 14 Direktoren eingeleitet wurde, einen Riegel vorschieben.

Der Demobilmachungskommissar an die Verwaltung der Falvahütte

Der Demobilmachungskommissar hat ein Schreiben an die Verwaltung gerichtet, in welchem die Verwaltung aufgefordert wird, die Frist, in welcher die Stillegung des Werkes erfolgen soll, von 4 auf 6 Wochen d. h. bis zum 15. Mai zu verlängern und zwar mit Rücksicht darauf, daß die übereilte Stillegung die Ausnützung der Produktionsleistung der Kokerei und der Hochöfen unmöglich machen wird. Dieses Schreiben ist maßgebend, weshalb die Stillegung des Werkes vor dem 15. Mai nicht erfolgen darf. In der Zwischenzeit kommen vielleicht die Verhandlungen über die sowjet-russischen Bestellungen zum Abschluß, so daß die Stillegung weiter hinausgeschoben wird. Man muß nur abwarten, was die Hüttenverwaltung zu dem Schreiben des Demobilmachungskommissars sagen wird. Die Kapitalisten pflegen sich aus den Anordnungen der Sozialbehörden nicht viel zu machen.

Eine kommunistische Druckerei in Radzionkau aufgedeckt

Die Radzionkauer Polizei hat große Haussuchungen bei vielen Personen durchgeführt, die verdächtigt waren, kommunistische Propaganda zu treiben. Das wird jedesmal vor dem 1. Mai gemacht und auch einzelne Kommunisten verhaftet, zwecks Eindämmung der kommunistischen Propaganda. Bei einem Arbeiter, dem sein Namen nicht genannt wird, hat die Polizei eine Handpresse und Stöße von fertigen Flugschriften entdeckt. Die Druckerei und das Material wurden beschlagnahmt und 6 Personen verhaftet. Die Haussuchungen werden damit begründet, daß in der letzten Zeit die kommunistische Propaganda in Radzionkau an Intensivität gewonnen hat.

Beschlüsse der Myslowitzer Stadtrada

Schlechter Besuch — Interessante Fleischerdebatte — Wie die Fleischer die Stadtkasse schädigen — Die Straßenreinigung in Myslowitz

Gestern fand in Myslowitz eine Stadtverordnetenversammlung statt. Zumal sich das Wetter etwas gebessert hat, ließ auch der Besuch dieser Versammlung viel zu wünschen übrig. Auch die Galerie war nur mäßig besucht. Allerdings standen auf der Tagesordnung untergeordnete Angelegenheiten zu Erledigung, was sicherlich zu dem schlechten Besuch beigetragen haben dürfte. Im ganzen waren 5 Punkte auf der Tagesordnung, die noch während der Sitzung durch zwei Dringlichkeitsanträge ergänzt wurden.

Die Debatte war stellenweise sehr interessant, besonders als der Magistratsantrag über die Festsetzung der Arbeitslosenzuschläge zu den Standgeldern auf den Wochenmärkten, zur Beratung kam. Daraus entwickelte sich eine leidenschaftliche Fleischerdebatte, die von Herrn Figel angeschnitten wurde. Wir haben wiederholt unter den Zuschriften aus Myslowitz die Tatsache festgestellt,

daß die Wochenmärkte massenhaft von den Fleischern besucht werden,

wie das früher niemals der Fall war. Die Fleischstände nehmen den ganzen Ringplatz in Anspruch, obwohl früher immer noch die Händler mit Schnittwaren und Galanterie dort standen, die jetzt durch die Fleischer verdrängt wurden. Aber bezahlen wollen die Herrn Fleischer nicht. Man hat festgestellt, daß viele Fleischer,

deren Stand 15 Quadratmeter ausmacht, 50 Groschen Standgeld zahlen.

Stadtrat Caspari hat der ehrbaren Fleischerinnung die Wahrheit gesagt, indem er sagte, daß die armen Händlerinnen, die sich mit einem kleinen Tisch begnügen, ihr Standgeld anstandlos bezahlen, aber die

Fleischer eine Extrawurst

haben wollen. Stadtrat Caspari wies darauf hin, daß die Herren Fleischer, trotz der Wirtschaftskrise,

glänzende Geschäfte

machen, manche sogar noch viel bessere, als früher. Dafür spricht der Umstand, daß auf dem Myslowitzer Wochenmarkte die Fleischerbuden, wie die Pilze nach einem warmen Regen, aus dem Boden schießen.

Verhandlungsbericht

Kurz nach 5 Uhr hat der Stadtverordnetenvorsteher, Dr. Obremba, die Sitzung eröffnet und gab einige Revisionsprotokolle der Versammlung zur Kenntnis. Dann wurden zwei Dringlichkeitsanträge verlesen und genehmigt. Außerdem wurde ein Schreiben des Pfarrers verlesen, der die „Väter" zu einem besonderen Gottesdienst einladet.

Ueber den Rechnungsabschluß der Städtischen Sparkasse referierte Stadtverordneter Muschalla. Aus dem Referate ging hervor, daß der Umsatz in der Städtischen Sparkasse in den letzten Monaten ein wenig zurückgegangen ist. Auch die Zahl der Sparer ist

von 867, auf 546 zurückgegangen.

Die Bilanz der Sparkasse schließt mit dem Betrag von 883 000 Zloty unter den Aktiven und Passiven ab, wobei ein Reingewinn von 2065 Zloty zu verzeichnen ist. Die Bilanz wurde durch die Versammlung zur Kenntnis genommen.

Der Magistrat hat ein neues Statut über die Reinigung der Bürgersteige ausgearbeitet und der Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt. Nach dem Entwurf soll die Stadt die Bürgersteige in den Sommermonaten, und die Realitätenbesitzer in den Wintermonaten, reinigen. Freilich sollen die Hausbesitzer die Reinigungskosten übernehmen. Selbst der Referent, Dr. Gadzala, konnte sich für ein solches Statut nicht begeistern, das auch einstimmig abgelehnt wurde.

Dann kam das Statut über das Gewerbegericht zur Sprache, das vom Gen. Piotrowski referiert wurde. Referent schlägt einige Abänderungen vor. Oczadly stellt den Antrag

auch die Grubenarbeiter, der Myslowitzgrube dem Gewerbegericht anzuschließen,

was aber, nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften, nicht zulässig ist. Das Statut wurde nach den Vorschlägen des Referenten beschlossen.

Der Magistrat schlägt vor, den Mautepachtzins auf der Radochabrücke von 650 auf 600 Zloty herabzusetzen, weil der Pächter klagt, daß er auf seine Rechnung nicht kommen kann. Die Chadecjavertreter setzen sich für den Pächter warm ein, weil das ihr Mann ist, obwohl gegen ihn zahlreiche Beschwerden vorgebracht wurden. Es ist eine Tatsache,

daß der Pächter den Kutschern rücksichtslos die Ware vom Wagen herunterholt,

wenn sie kein Geld bei sich haben. Ohne Krach geht es dabei nie ab, und der Köter des Pächters hat recht viel zu tun. Die ganze Pacht bringt nur 600 Zloty ein, bildet aber ein

arges Verkehrshindernis

und gibt Anlaß zum Krach. Man sollte doch lieber den Weg frei dem Verkehr überlassen und die mittelalterliche Einrichtung endlich abschaffen.

Dann wurden die

Kommunalzuschläge zu der Einkommensteuer

beschlossen und zwar im Sinne der Magistratsvorschläge. Sie werden betragen: Bei Einkommen zwischen 1500—24 000 Zloty 3½ Prozent, von 24 000—88 000 Zloty 4 Prozent und darüber hinaus 4½ Prozent. Der P. P. S.-Klub wollte die höheren Einkommen etwas höher besteuert wissen, aber der Antrag fiel durch. Außerdem wurde beschlossen, mit einem Kostenaufwand von 2600 Zloty für den Kastellan, im Magistratsgebäude eine Wohnung einzurichten und die Büroräume des Arbeitsvermittelungsamtes, die für diese Zwecke verwendet werden sollen, nach dem Städt. Schlachthaus zu verlegen. Herr Fieleg vom deutschen Klub hatte Bedenken,

weil die Fleischer vor den Arbeitslosen nicht sicher sind.

Es werden nach seiner Ansicht,

Diebstähle im Schlachthaus vorkommen

und auch sonst, werden die Arbeitslosen das viele Geld der Fleischer sehen und das ist gefährlich. Seine Bedenken wurden von den übrigen „Vätern" nicht geteilt.

Zuletzt kam die

große Fleischerdebatte

an die Reihe. Der Magistrat schlägt vor, die Arbeitslosenzuschläge zu den Marktgebühren nur zweimal im Monat zu erheben. Da meldete sich Herr Fiegel zum Wort und klagte über das hohe Standgeld, das per Quadratmeter erhoben wird. Auch pries Herr Fiegel die Myslowitzer Fleischer als „Wohltäter" die sich „nur" mit einem 30 prozentigen Aufschlag begnügen, obwohl die Schlachtschweine um 100 (??) Prozent gestiegen sind. Stadtrat Caspari wies nach, daß in allen Gemeinden des Industriebezirks das Standgeld per Quadratmeter berechnet wird. Auch bezahlen das Standgeld alle Händler anstandslos, bis auf die Fleischer natürlich, die sich in der letzten Zeit zu den

Wochenmärkten massenhaft einfinden.

Der Redner stellt fest, daß die Fleischer die Stadt übers Ohr hauen,

denn anstatt 502 Zloty, zahlen sie nur 138 Zloty Standgeld

bei den Wochenmärkten.

Sie betrügen die Stadtkasse um 364 Zloty bei jedem Wochenmarkte.

Stadtrat Caspari kündigt an, daß die Stadt auf ihren Rechten bestehen wird, denn das Statut steht seit 1925 in Kraft und muß eingehalten werden. Schließlich wurde der Magistratsantrag genehmigt und Herr Fiegel mit seinen Forderungen, das Standgeld herabzusetzen, abgewiesen.

Kattowitz und Umgebung

Betrüger Grund erhält weitere 2 Monate Gefängnis.

Der sattsam bekannte Schwindler Paul Grund stand am Donnerstag erneut vor dem Kattowitzer Gericht. Er fand sich am 8. Februar d. Js. in den Nachmittagsstunden in einem Radiogeschäft auf der Miczkiewicza in Kattowitz ein und ließ sich Batterien vorlegen. Unter irgend einem Vorwand machte er sich dann am Telephonapparat zu schaffen und entwendete zum Schaden einer Büroangestellten ein Handtäschchen mit einem Barbetrag von 304 Zloty und einem Scheck, lautend über die Summe von 590 Zloty. Grund wollte sich zu diesem Diebstahl absolut nicht bekennen. Er erklärte in der Lage zu sein, das Alibi nachweisen zu können, daß er an dem fraglichen Tage von früh bis abends dem Mordprozeß Szkudlo als Zuhörer beigewohnt habe. Er berief sich auf einen Polizeioffizier mit dem er im Gerichtsgebäude eine Unterredung gehabt haben will. Dieser Polizeioffizier konnte sich an ein solches Gespräch nicht erinnern. Im Uebrigen war diese Tatsache an sich auch völlig belanglos, da Grund jederzeit Gelegenheit gehabt hätte, um sich aus dem Gerichtsgebäude zu entfernen. Das wichtigste jedoch war, daß die Geschädigte und ein Lehrling der Firma den Grund als den fraglichen Täter mit aller Bestimmtheit wiedererkannten. Das Gericht sah Grund als überführt an und verurteilte ihn wegen diesem Diebstahl zu zwei Monaten Gefängnis. y.

Hyronimus Grötschel gestorben. Kollege Grötschel, langjähriges Mitglied des Holzarbeiterverbandes, ist gestorben. Beerdigung Sonnabend, den 23., nachmittags 3 Uhr, vom Brüderkloster, Bogutschütz.

Zur silbernen Hochzeit. Am Sonnabend begeht der Kassierer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Kollege Johann Sandorek, das Fest der silbernen Hochzeit, wozu ihm die Bezirksleitung des D. M. V., die Betriebsräte der freien Gewerkschaften, die Kollegen des D. M. V., sowie die Redaktion, auf diesem Wege aufs herzlichste gratuliert.

Sonntagsdienst der Kassenärzte. Von Sonnabend, den 23. April, nachmittags 2 Uhr, bis Sonntag, den 24. April, nachts 12 Uhr, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Herlinger, Rajmonstraße 2, Dr. Neukirch, 3-go Maja 33.

Mehr Vorsicht beim Ueberqueren der Straße. Am gestrigen Donnerstag wurde auf der ul. Szopena der Schulknabe Karl Hrostek aus Kattowitz von einem Fuhrwerk angefahren und an den Beinen und Händen verletzt. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft, wurde der Verunglückte nach dem städtischen Spital überführt. Die Verletzungen sollen nach dem ärztlichen Gutachten leichterer Natur sein. Die Schuldfrage steht z. Zt. nicht fest. y.

Neue Richtpreise für Backwaren und Milch. Der Kattowitzer Magistrat gibt bekannt, daß auf der letzten Sitzung der Preisprüfungskommission innerhalb des Bereichs von Groß-Kattowitz nachstehende Richtpreise festgesetzt wurden: pro 1 Kilogramm 65-prozentiges Roggenbrot 0,45 Zloty, pro Semmel (55 Gramm) 0,05 Zloty, pro Semmel (110 Gramm) 0,10 Zloty, sowie pro Liter süße Milch 0,32 Zloty. Die Fleischpreise sind unverändert geblieben. Der Magistrat teilt in diesem Zusammenhang mit, daß in den Milchhandlungen auf der ulica Raciborska in Kattowitz der Liter Milch bereits zum Preise von 25 Groschen erhältlich ist. y.

Vereitelter Geschäftseinbruch. Zur Nachtzeit drangen unbekannte Einbrecher in das Schuhwarengeschäft „Salamander", auf der ulica Poprzeczna in Kattowitz, ein. Die Täter entfernten gewaltsam die eisernen Gitter und schlugen daraufhin die Fensterscheibe, welche nach dem Geschäft führt, ein. Gestohlen wurde jedoch nichts. Es wird angenommen, daß die Eindringlinge bei ihrem weiteren Vorhaben von dem Nachtwächter, oder aber einer Polizeipatrouille, verscheucht worden sind. x.

Brynow. (Mädchen von einem Personenauto angefahren.) Ein Verkehrsunfall ereignete sich im Ortsteil Brynow. Dort wurde das Schulmädchen Erika Cyrna, welche nach der Schule gehen wollte, von einem heranfahrenden Personenauto angefahren und verletzt. Es erfolgte die Einlieferung in das städtische Krankenhaus in Kattowitz. y.

Königshütte und Umgebung

Fortbestehen des Arbeitslosenhilfsausschusses in Frage gestellt.

Unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten Spaltenstein tagte gestern im Rathause der Arbeitslosenhilfsausschuß für die Stadt Königshütte. Aus den verschiedenen Berichten ist zu nehmen, daß der Eingang der Geldmittel, sei es von der Wojewodschaft oder durch die freiwilligen Besteuerungen immer geringer eingehen und gewährt werden. Trotzdem die Zahl der Arbeitslosen ständig im Zunehmen begriffen ist und demnächst die Zahl von 11 000 Arbeitslosen erreicht wird. Aus diesem Grunde stehen der Stadtverwaltung schwere Aufgaben bevor und diese allein nicht von ihr gemeistert werden können. Der Arbeitslosenhilfsausschuß, der sich die Betreuung der hiesigen Arbeitslosen zur Aufgabe gemacht hat, sieht mit Bangen der Zukunft entgegen, zumal, sein Bestehen von dem Eingang der flüssigen Geldmittel abhängt. Es wurden verschiedene Erwägungen gemacht, um weitere Geldmittel hereinzubekommen. Sollten die Zuwendungen seitens der Wojewodschaft weiter geschmälert werden, dann wird die gesamte Betreuung der Arbeitslosen der städtischen Fürsorge unterstellt werden müssen. In erster Linie wird die Erhaltung der bestehenden Suppenküchen und die Verteilung der Lebensmittelbons vorgenommen werden müssen. Dadurch würden alle anderen bisherigen Zuwendungen an die Kurzarbeiter usw. unterbleiben müssen. Es wurde beschlossen, den in Frage kommenden Behörden die kritische Lage der Betreuung der Arbeitslosen vorzutragen.

U. a. wurde eine beantragte Verbindung der Bettleraktion, mit dem Arbeitslosenhilfsausschuß, infolge der Nichtzuständigkeit, abgelehnt. Hierzu besteht seit langer Zeit ein besonderer Ausschuß der Kaufleute, der sich in ähnlichem Sinne mit der Bettlerfrage befaßt. Hierbei wurde lebhafte Klage geführt, daß der weitaus größte Teil der Bettler aus auswärtigen Personen besteht und die nichts mit der Stadt gemein haben. Die Mehlvorräte zum Ausbacken des Brotes dürften noch für 6 Wochen ausreichen. An Zucker soll für die Kinder eine weitere Sendung eintreffen, so daß Vorräte für ein ganzes Jahr vorhanden sind. Leider kann die Verteilung, trotz der größten Anstrengungen des Ausschusses, nicht an die Arbeitslosen gebracht werden, weil die Regierung ausdrücklich den zugewiesenen Zucker nur für Kinder bestimmt hat, und dieser nur bei der Verwendung von Speisen und flüssigen Getränken verwandt werden darf. — Ferner wurde beschlossen, 4000 Zentner Kartoffeln anzukaufen und sie an die Arbeitslosen zur Verteilung zu bringen. Voraussichtlich werden erhalten: Verheiratete bis zu 2 Kindern 1 Zentner, Verheiratete mit mehr Kindern 2 Zentner. Alles Nähere wird hierzu noch bekanntgegeben werden. Etwa 3000 aus der Pfandlotterie zurückgebliebene Gewinne sollen angenommen werden und auf einer besonderen Wohltätigkeitsveranstaltung zur Verlosung gebracht werden. Der Erlös wird dem Ausschuß überwiesen. m.

Goethefeier der Deutschen Theatergemeinde. Am Sonntag, den 24. April, veranstaltet die Deutsche Theatergemeinde aus Anlaß des 100. Todestages Goethes eine Feier. Bei der Morgenfeier um 11,30 Uhr wirken mit: Dr. Zelder, Festvortrag; William Adelt, Rezitationen; Traute Pawlingen, Lieder; Chorvereinigung, gem. Chöre. Jeder Deutsche müßte es als seine Pflicht betrachten, an dieser Feier teilzunehmen. Karten zu 50 Groschen und 1 Zloty sind an der Theaterkasse erhältlich. Tel 150. Um 8 Uhr abends findet eine Festvorstellung des Landestheaters mit Goethes „Faust" statt. Schauspielpreise! Der Vorverkauf hat begonnen. — Dienstag, den 26. April, 20 Uhr: Schluß der Spielzeit mit der Aufführung der Oper: „Der Freischütz" von Carl Maria von Weber. Der Vorverkauf beginnt heute.

Salzsäurespritzer wieder in Tätigkeit. Nachdem der unbekannte Aetzer für einige Wochen seine Tätigkeit ausgesetzt hatte, tauchte er wieder gestern plötzlich in Königshütte auf. Als erstes Opfer hatte er sich den 18 Jahre alten Georg Foltin von der ulica Hajducka 37 ausgesucht, als er gegen 20 Uhr an der ulica Wolnosci aufhielt. Er wurde von einem Unbekannten mit einer Flüssigkeit begossen, die ihm Schaden an Kleidung und Körper zufügte. Trotz der sofort aufgenommenen Untersuchung konnte der freche Bursche nicht ermittelt werden. Eines sei ihm aber gewiß, daß er einmal gefaßt werden wird. Notwendige Vorkehrungen sind getätigt worden. m.

Verkehrsunfall. Die 6jährige Elisabeth Brauner von der ulica 3-go Maja 7, wurde an der Ecke ulica Koscielna und 3-go Maja von einem Fuhrwerk überfahren. Ob der Kutscher Emanuel Rudski von der ulica Wandy den Unfall verschuldet hat, muß erst die eingeleitete Untersuchung ergeben. m.

Mit einem Glasschneider die Schaufensterscheibe vernichtet. Dem Ladeninhaber Mindel an der ulica 3-go Maja 27, wurde gestern nachts von unbekannten Personen bedeutender Schaden zugefügt. Mit einem Diamantglasschneider wurde die Schaufensterscheibe des Geschäftslokales an mehreren Stellen durchschnitten. Es konnte nicht festgestellt werden, ob der Täter einen Diebstahl der ausgestellten Schuhwaren beabsichtigt hat oder nur aus „Sport" die Scheibe vernichtet hat. Trotzdem beträgt der angerichtete Schaden 1000 Zloty. m.

Die verschwundene Untermieterin. Die Wohnungsinhaberin Viktoria Buczkowski von der ulica Ligota Gornicza Nr. 14, hatte vor einiger Zeit eine gewisse Sophie Kanior als Aftermieterin aufgenommen. Dieser Tage ist der Vogel ausgeflogen unter Mitnahme sämtlicher Wertgegenstände, die einen Wert von mehreren 100 Zloty haben. m.

Fahrradmarder. Gestern vormittags kam ein gewisser Ludwig Tomera aus Dombrowka auf seinem Fahrrad zum Naturheilkundigen Slawik gefahren. Sein Stahlroß ließ er im Hausflur stehen und begab sich in die Wohnung. Als ihm S. den Vorschlag machte, daß Fahrrad sicherheitshalber mit in die Wohnung zu nehmen und T. den Rat befolgte, war das Rad schon verschwunden. Da der Besitzer nicht in der Lage ist, die Nummer und Marke seines neuen Fahrzeuges anzugeben, ist die Untersuchung erschwert. m.

Anpflanzung von neuen Bäumchen. In den letzten Jahren wurde durch die größeren Fröste eine große Anzahl von Bäumchen in den verschiedenen Straßen der Stadt vernichtet. In diesen Tagen werden seitens der Stadtgärtnerei über 200 Bäumchen an Stelle der erfrorenen frisch gesetzt. m.

Siemianowitz

Keilerei auf dem Arbeitslosenamt.

Gestern mittag spielte sich auf der hiesigen Gemeinde eine erregte Auseinandersetzung zwischen dem Arbeitslosen R. und dem Inspektor Laband ab, welche zu einer regelrechten Schlägerei ausarten. Der Arbeitslose, welcher von L. schroff angefahren worden sein sollte, ließ sich dieses nicht gefallen. Es kam zu einem Handgemenge, wobei noch andere Bürobeamte beteiligt waren und die kämpfenden Parteien wälzten sich am Boden. Da jedoch die Bürobeamten in der Uebermacht waren, gelang es ihnen, den Arbeitslosen Rz. zur Tür hinauszudrängen. Beim Zuschlagen der Tür zerquetschten sie ihm einen Finger der rechten Hand.

Die dauernden Kürzungen der Unterstützung zeitigen allmählich ihre Folgen. Die Arbeitslosen haben Hunger und werden nervös. Wenn schon die Gemeindebeamten hierbei nicht helfen können, so müssen sie jedoch sich in die Lage der Armen hineinversetzen können und die Leute anständig behandeln. Denn es wird nicht mehr lange dauern, und die Arbeitslosen werden alle die Ruhe verlieren und dann kann es recht böse werden. Auch der Bürgermeister mußte sich auf offener Straße von den Arbeitslosen anhalten lassen, welche ihn von der Gemeinde bis an die Autobushaltestelle verfolgten und Hilfe forderten. Es wird immer brenzlicher.

Eine besondere Sorte von Halsabschneidern. Durch seiner Hände Arbeit allein ist noch niemand reich geworden, es hat sich auch noch niemand davon Häuser, Autos und dergleichen kaufen können. Das beweisen die vielen Arbeiter, welche nur von ihrer Hände Arbeit leben. Nun haben wir verschiedene Kategorien von Großverdienern, welche die Konjunktur ausnutzen und die kleinen Leute ganz ausgezeichnet über die Löffel zu barbieren verstehen. In der jetzigen Zeit sind es beispielsweise die Gärtnereibesitzer, welche den kleinen Leuten und hauptsächlich den Arbeitern, das Geld haufenweise aus der Tasche ziehen. Jede größere Familie ist bestrebt, zur Deckung ihres Bedarfs an Gemüse, eine kleine Scholle zu bebauen. Die Anzucht von Sämlingen für ein paar Quadratmeter Garten ist nicht lohnend und man ist gezwungen, die Stecklinge vom Gärtner zu kaufen. Diese verlangen dafür horrende Preise. In der Vorkriegszeit kosteten die verschiedenen Gemüsearten 10 bis 20 Pfennige das Schock. Heute kostet ein Schock Salatpflanzen 50 Groschen, Kohlrabi 60 Groschen, Sellerie, Blumenkohl 2 Zloty und die übrigen Kohl- und Gemüsearten dementsprechend von 80 Groschen bis 2 Zloty. Dies sind im Verhältnis zu den Herstellungskosten unverschämte Preise. Der Samen ist nicht teuer, wenn er in größeren Quanten bezogen wird, der liebe Gott läßt alles sehr billig wachsen, der Gärtner sät und erntet und der Arbeiter muß das schwer bezahlen. Also herunter mit den hohen Preisen. 20 bis 50 Groschen für die verschiedenen Gemüsearten ist ein angemessener Preis, bei welchem noch jeder Gärtner sehr gut leben kann, bestimmt viel besser wie der Arbeiter, geschweige denn der Arbeitslose.

Schnell gefaßt. Der große Fleischdiebstahl im Schlachthof Königshütte, wobei 9 Schweinehälften im Gewicht von 11 Zentner entwendet wurden, hat eine schnelle Aufklärung gefunden. Die Königshütter und die Laurahütter Kriminalpolizei nahmen eine Haussuchung in der Behausung eines Fleischergesellen Wons auf der Kohlenstraße vor und fanden das gestohlene Gut in einem verschlossenen Stalle. Wegen dieses Deliktes werden sich beide, Sohn und Vater zu verantworten haben. Letzterer gibt an, von dem Diebstahl nichts zu wissen.

Wohnungseinbruch. In die verschlossene Wohnung der Frau M. Dubiel auf der Poststraße wurde von unbekannten Dieben ein Einbruch verübt und ein Geldbetrag von 80 Zloty gestohlen.

Baingow. (Eine Sensation vor Gericht.) Im März vorigen Jahres berief der Gemeindevorsteher Kuchta, eine Versammlung nach dem Gasthaus Gojny. Als einige Teilnehmer dieser Versammlung am Büfett ein Glas Bier tranken, gesellte sich zu ihnen der Kommandant Walder. Er war angetrunken, da er angeblich die ganze Nacht in diesem Lokal gezecht hatte. Auch an dem Sonntag hat er noch weiter getrunken und die Gäste belästigt. Er beschimpfte sie mit Kommunisten und Korfantysten. Da sich einige Gäste das energisch verbaten und erklärten, sie seien Mitglieder der Rotenkreuzkolonne und kümmern sich um keine Politik, vergaß sich Polizeikommandant

Walder soweit, daß er seinen Dienstrevolver gegen die Leute zog. Die Gäste verließen das Lokal um keine weiteren Zusammentritte zu haben. Polizeikommandant Walder verfolgte sie auf der Straße, mit der Waffe in der Hand und ließ die Hände hochheben. Einige der Gäste brachten die Angelegenheit in der „Gazeta Robotnicza" zur Sprache, was eine Untersuchung seitens höherer Instanzen mit sich brachte. Am gestrigen Tage hatten sich einige dieser Gäste vor dem Kattowitzer Burggericht, wegen der Veröffentlichung der Vorgänge in der Zeitung, zu verantworten. Warum man da nicht die „Gazeta Robotnicza" verklagte, ist nicht bekannt. Ein größerer Zeugenapparat ist aufgetreten. Alle Zeugen, mit Ausnahme des Gemeindevorstehers Kuchta, sagten aus, daß der Polizeikommandant betrunken war, mit Säbel und Revolver die Anwesenden bedrohte. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt eine Bestrafung der Angeklagten, weil sie die Urheber dieser Auftritte im Lokal Gojny, angeblich waren. Die Angeklagten, alles ältere Menschen, baten um Freispruch, da doch die Zeugen ihre Unschuld bestätigt haben. Der eine Zeuge Kuchta kann doch nicht maßgebend sein. Das Gericht hatte auch die Unschuld anerkannt und sprach alle Angeklagten frei. *

Myslowitz

Die Wirtschaftskrise und der Stromverbrauch.

Im Herbst vorigen Jahres wurden in Myslowitz die Strompreise von 55, auf 60 Groschen die Kilowattstunde erhöht. Man versprach sich viel davon und wollte die Beute auch mit den Arbeitslosen teilen. Wir haben vorausgesehen was kommen wird und haben gleich darauf hingewiesen, daß dieser Beschluß, dem Auslöschen des elektrischen Lichtes bei den armen Strombeziehern gleichkommt. Nun wollen wir jetzt durch Ziffernmaterial den Nachweis erbringen, daß wir gut vorausgesagt haben, was auch schließlich die Stadtrada durch die Herabsetzung der Strompreise zugegeben hat. Lassen wir also die Zahlen reden, die die Elektrizitätsanstalt in ihrem Jahresbericht veröffentlicht. Es wurde an Strom verbraucht:

1928: 1 139 530 Kilowatt,
1929: 1 511 073 Kilowatt,
1930: 1 706 960 Kilowatt,
1931: 1 640 450 Kilowatt.

Gerade die Erhöhung der Strompreise hat bewirkt, daß der Strombezug 1931 rapid zurückgegangen ist und betrug um 66 510 Kilowatt weniger als 1930. Dabei soll man nicht vergessen, daß 1931 die Länge des Kabels des Myslowitzer Elektrizitätswerkes von 16 320 Meter auf 21 400 Meter ausgedehnt wurde, was durch die Neulegung des Kabels nach Städtisch-Janow und Brzezinka erreicht wurde. Als der Beschluß durch die Rada gefaßt wurde, die Strompreise zu erhöhen, da war der Stromverbrauch noch so ziemlich normal, erst aber nach der Erhöhung, haben die Konsumenten abgelehnt die Lichtrechnung zu bezahlen. Da hat man eingesehen, daß es unmöglich ist aus dem Leeren zu schöpfen und nun wurden die Strompreise auf 50 Groschen herabgesetzt. Diese Maßnahme kommt reichlich spät und der Schaden wird nicht so schnell gut gemacht werden können.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bismarckhütte. (Angestellte lehnen den Gehaltsabbau ab.) Am Dienstag, den 19. d. Mts., fand im Saale des Hüttenkasino eine Vollversammlung der Angestellten der Bismarckhütte statt. Der hauptsächlichste Punkt der Tagesordnung war die Vorlage eines Beschlusses seitens der Angestellten der Eintrachthütte, über einen „freiwilligen" Gehaltsabbau von 15 Prozent ab 1. 1932. Dieser Beschluß wurde von der Verwaltung der Bismarckhütte dem Angestelltenbetriebsrat, mit dem Ersuchen vorgelegt, den Angestellten dieses „gute Beispiel" zu empfehlen. Das, seitens der Verwaltung vorgelegte statistische Material, konnte die Versammlungsteilnehmer nicht überzeugen, da ab 1. 3. ein Gehaltsabbau und Angestelltenabbau schon erfolgt ist. Trotz der Wirtschaftskrise werden auf den in der Interessengemeinschaft vereinigten Werken immer noch über 25 Direktoren, einschl. der Handelsbevollmächtigten, beschäftigt. Längst verabschiedete hoch bezahlte Direktoren, Betriebschef und höhere Verwaltungsbeamte, erhalten ihre vertraglich zugesicherten Gehälter weitergezahlt. Es ist ganz natürlich, daß eine derartige Wirtschaft die Werke zu Grunde richten muß. Hier müßte ein entsprechendes Staatsdekret, bezw. Notverordnung, die Dienstverträge mit ihrer hohen Bezahlung regeln. Nach weiterer Behandlung des jetzigen Wirtschaftssystem wurde nach geheimer Zettelabstimmung einmütig der Beschluß gefaßt jeden weiteren Gehaltsabbau abzulehnen. Des weiteren wurden die Gehaltsabzüge zum Arbeitslosenfonds behandelt und beschlossen, diese nicht an die Zentralstelle abzuführen, sondern nur örtlich zu verteilen. Außerdem wurde zu der Restzahlung der Gehälter pro Monat März und den bevorstehenden Angestelltenratswahlen, Stellung genommen. Zu den Angestelltenratswahlen sind Vorschlagslisten eingegangen. Eigentlich hätten es die Angestellten besser getan, in jetziger Zeit durch Schaffung einer Einheitsliste mehr Einmütigkeit an den Tag zu legen, nicht aber nationale und parteiische Gegensätze in Erscheinung treten zu lassen.

Pleß und Umgebung

Festnahme eines gerissenen Taschendiebes. Einen guten Fang machte die Polizei, welche den Otto Jaworski aus Czechowic arretierte, weil er auf dem Wochenmarkt in Pleß einem gewissen Oskar Szafran aus der Ortschaft Miedzna eine Geldbörse mit 50 Zloty entwendete. Die polizeilichen Feststellungen haben gezeigt, daß Szafran ein gerissener Taschendieb ist, welcher eine Reihe von Taschendiebstählen auf dem „Kerbholz" hat. x.

Rybnik und Umgebung

Jastrzemb. (Noch ein Fahrrad gestohlen.) Zum Schaden des Sylvester Bujok aus Jastrzemb, wurde ein Herrenfahrrad, Marke „Dürrkopf", Nr. 876 575, im Werte von 200 Zloty, gestohlen. Vor Ankauf des Fahrrades wird polizeilicherseits gewarnt! x.

Pschow. (10 000 Zloty Brandschaden.) In dem Wohnhaus des Jan Gielwik brach Feuer aus, durch welches das Wohnhausdach, sowie eine nebenanliegende hölzerne Scheune, mit maschinellen Einrichtungen und Wintervorräten, vernichtet wurden. Der Brandschaden wird auf 10 000 Zloty beziffert. x.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Wahn-Europa 1934

Von Hanns Gobsch

11)

Hier Oesterreich, mit dem man seit Jahren einig ist, sehr einig! Daneben Ungarn: der Pariser Vorortvertrag hat dieses Land längst in Italiens Arme getrieben! Hier Rumänien und Südslawien — gegen beide marschieren die befreundeten Bulgaren, Griechen und Türken auf. Polen und Tschechen — eingekeilt zwischen Sowjetrußland und Deutschland. Mit den Russen hat sich Italien vorzüglich zu stellen verstanden! Am liebsten rottete ja Capponi die Bolschewisten mit Stumpf und Stiel aus, aber ihre Rote Armee ist ein Machtfaktor. Der Faschist und der Bolschewist haben eine gemeinsame Liebe: das ist ihr tödlicher Haß gegen Liberalismus und Demokratie. Trotzdem bleibt natürlich die Freundschaft gefährlich. Aber die rote Millionenarmee hält Frankreichs Bundesgenossen im Schach. Politik kennt keine Moral, nur Profit!

Capponis Finger schiebt sich weiter über die Karte. Deutschland! Der Versailler Vertrag hat dort sein Werk getan. Die Annäherung an Frankreich ist platonische Geste geblieben. In einem kommenden Weltkrieg würde Deutschland um nicht in der Welt Schulter an Schulter mit Frankreich stehen. Roms Politik hat sich in Berlin viele Freunde gewonnen, ein Teil von ihnen sitzt schon im gegenwärtigen Reichskabinett, das seit einem Jahr am Ruder ist, mit scharfer Frontstellung gegen die sozialistischen und demokratischen Parteien. Also im Norden winkt ein Freund! — Und hier schwimmt England! — Capponis Zeigefinder umkreist langsam die Insel. Am Nachmittag hat der englische Botschafter bereits zweimal vorgesprochen: „Hände weg vom Balkan!" rief er aus, „sonst kommt unfehlbar der europäische Krach!" Ja, ja, Capponi versteht Englands Sorgen; sein Mund lächelt respektlos. Der englische Mitspieler fällt aus, wenn es jetzt losginge! Hinter der plötzlichen Friedensenergie des Inselreiches steht nicht mehr wie 1914 märchenhafter Reichtum, Machtbewußtsein, sondern ein tückisches Gespenst! Seit drei Monaten wird Regiment um Regiment aus dem Mutterland nach Indien transportiert. Englands stolzeste Kolonie brennt lichterloh! Die vor vier Jahren hingestreuten Brosamen haben die Inder nicht befriedigt, jetzt kämpfen sie mit Gewalt um ihr eingeborenes Recht. Jeder Friseurlehrling in Europa weiß, daß sich diesmal England in Indien verbluten wird. Der Brite ist also ein Mann mit gebundenen Händen, der im europäischen Konzert nicht mehr am Dirigentenpult steht. Bleibt also nur Frankreich! Der Duce legt die flache Hand auf die Wandkarte, deckt Frankreich zu. Frankreich! Waffenstarrend! Aber hinterm Rhein wartet ein ausgesogenes Volk von siebzig Millionen! Wartet darauf, endlich einmal für eigne Rechnung zu schuften, nicht für französische Rentner! Versailles!

Capponi hat wieder seine Träumeraugen. Nur das gespaltene Kinn ragt drohend vor. Langsam neigt er sich über den Tisch, schiebt achtlos die Depeschenberge zur Seite. In Stichworten formuliert er auf einem Blatt die Antwort an Belgrad: „Der italienische Gesandte hat der südslawischen Regierung bündig zu erklären, daß Italien bis morgen früh acht Uhr die bedingungslose Räumung Albaniens erwatet." — Fertig. Nichts weiter. Langsam greift die breite, knochige Hand des Duce zum Telephon:

„Bitte den Staatssekretär des Außenamtes zu mir."

Der Hörer sinkt auf die Gabel zurück. Capponi lächelt in die Ferne: Ehe um Mitternacht der Genfer Rat, dem ein Franzose präsidiert, seine Arzneimittel mischt, soll Roms Stimme klar gehört werden!

Capponis Gesicht bekommt einen fanatischen Glanz: Italien muß leben! Das andre ist Ihre Sache, meine Herren . . .!

„Frankreich muß leben!" — Diese Worte spricht zur gleichen Stunde der französische Ministerpräsident Baron Saint Brice. Belgrad hat ihm soeben Kenntnis von dem Ultimatum gegeben, das Herr Capponi auf acht Uhr des nächsten Morgens befristet hat. Besorgt fragt Belgrad an: Was nun? — Saint Brice streicht unablässig mit schmalen Fingern den weißen Knebelbart. Herr Capponi diktiert! Ist das jetzt Diplomatenbrauch in Europa?! Der Blick des Greises, eines Siebzigers, streift nach der andern Ecke des Schreibtisches. Dort liegt der Funkspruch des „Helios": „. . . jede andersgearbeitete Kombination entfällt!" Das ist auch Diktat! — Der Greis wiegt mißbilligend den Kopf. Selbstverständlich will auch er den Frieden, aber wer, in des Himmels Namen, spielt von Anfang an mit offnen Karten! Sein Außenminister hat ja damit Frankreichs Politik von Haus zu Haus aus festgelegt! Außerdem hätte er sich den Apell vom „Helios" her ruhig verkneifen sollen, den Apell nämlich an Belgrad, Tirana und Rom! Ein Staatsmann kann nicht mit Brutalität arbeiten. Saint Brice ist mit seinem Außenminister nicht zufrieden. Es war zweifellos ein Fehler, gerade mit diesem Sozialisten Leon Brandt ein Kabinett zu bilden. Daß er im Augenblick ein paar tausend Kilometer außerhalb der Schußbahn ist, muß noch als Gunst des Schicksals betrachtet werden! Der Ministerpräsident erhebt sich und geht mit raschen, jugendlichen Schritten durch das Zimmer. Sein Gesicht ist vor Erregung leicht gerötet und kontrastiert wundervoll zu der schneeweißen Haarfülle, die wie eine kokette Perücke die geistvolle Stirn umrahmt und in gepflegter Frisur tief über den Hinterkopf herunterfällt.

Also das römische Ultimatum . . . richtig . . . Belgrad fragt bedrückt: Was nun? — Saint Brice wirft den Kopf zurück. Vor Rom wird nicht um Zollbreite zurückgewichen! Capponi soll keinen billigen Sieg davontragen. Nicht den Schatten eines Sieges! Seit fünfzehn Jahren sieht Frankreich zu, wie Italien seine Vormachtstellung im Mittelmeer aufzubauen trachtet. Frankreich läßt sich nicht auf den zweiten Platz verweisen! Was gehen die Welt Italiens Bevölkerungssorgen an? Jede Nation hat sich in dem Bett einzurichten, das Natur und Schicksal ihr geschenkt haben. Man kann nicht, wie Italien, jahrelang sein Volk zur Fruchtbarkeit anpeitschen und dann, wenn das Haus zu eng wird, nach neuem Raum schreien!

Der alte jugendliche Aristokrat hat sich in sanfte Erregung hineingesteigert. Jetzt erhebt er plötzlich die Hand wie gegen einen anwesenden Gegner: Nicht war, edler Römer, es könnte Ihnen passen, jetzt in Albanien ein warmes Nest zu beziehen, Ihre Truppen dort zu stationieren und den andern das Nachsehen zu lassen? Am Mittelmeer wohnt auch Frankreich! (F. f.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

In Angelegenheit der deutschen Bürgerschulen in Bielitz.

Wir sind eine nationale Minderheit. Wir bilden eine Sprachinsel. Wir teilen das Schicksal aller nationalen Minderheiten. Wir sind den nationalistischen Angriffen, gerichtet gegen unseren kulturellen Besitzstand, ausgesetzt.

Man sollte annehmen, daß in dieser sattsam bekannten Sachlage alle Mühe konzentiert wird, um den kulturellen Besitzstand aufrechtzuerhalten. Wer so glaubte, hat weit gefehlt. Seit Jahr und Tag hat Herr Rengorowicz die Neuorganisation des Volksschulwesens verkündet. Sie sollte darin bestehen, daß die Bürgerschulen aufgehoben werden. An den polnischen Schulen ist bis nun nichts geändert worden, dagegen wurden schon einzelne Klassen an den deutschen Bürgerschulen abgebaut. Den Anlaß hierzu bot die Verringerung der Schülerzahl. Und die Zahl — das ist die Hauptsache. Wer könnte daran zweifeln, daß die Qualität der Schule von der Schülerzahl bedingt ist?

Bielitz könnte die deutschen Bürgerschulen aufrechterhalten, unter einer Bedingung, daß die Schulen zusammengelegt werden. Wir haben nämlich in Bielitz die „berühmte" konfessionelle Teilung der Schulen. —

Was einst den Aufstieg sicherte, wird heute zum Verhängnis. Wer offen die Augen hält, sieht das Verhängnis kommen, vielmehr werden. Also? Wem der durch Jahrhunderte errungene Schulschatz teuer ist, mußte energisch zugreifen, um das Verhängnis abzuwenden. Indessen gibt es Starrköpfe, die sich sagen: „Soll lieber die deutsche Bürgerschule zugrunde gehen, als daß katholische und evangelische Kinder zusammenkommen in einer Klasse und ihr religiöses Empfinden geschwächt werde." —

Aber in aller Welt finden sich Kinder verschiedener Konfessionen auf einer Schulbank, in einer Klasse zusammen, ohne daß ihr religiöses Empfinden den mindesten Abbruch erleiden würde. Allein der Bielitzer Starrsinn sagt sich: „Das ist vielleicht in aller Welt möglich, nicht aber in Bielitz."

Patentierte Starrköpfe! —

Gerade in der heutigen Zeit sollte die größte Anstrengung unternommen werden, um die Bürgerschulen zu erhalten. Der Unterricht in den Mittelschulen ist kostspielig und wird von Jahr zu Jahr teurer. Mittelständler und Arbeiter sind nicht mehr in der Lage, ihre Kinder in die Mittelschule zu schicken. Diesen Volksschichten bleibt nichts übrig, als ihre Kinder die Bürgerschulen besuchen zu lassen, wenn sie ihnen ein Minimum des Wissens und der Bildung ins Leben mitgeben sollen. Jedermann, ganz abgesehen von der politischen Schattierung, muß zugeben, daß unsere Bürgerschule auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen. Diese Bildungsstätte ist bedroht. Die Starrköpfe bleiben bei ihrem strafbaren Starrsinn. Wir warnen und mahnen. —

Ein Schuljahr geht zu Ende. Das nächste naht und mit ihm die Axt, die wiederum an die Bürgerschule angelegt werden wird. In unserem Namen hat Fachlehrer Müller im Bielitzer Gemeinderat eine dringende Mahnung an die Bürgerlichen gerichtet, daß sie endlich zur Besinnung kommen und in letzter Stunde — bevor es zu spät wird — die Zusammenlegung der deutschen Schulen in die Tatsache umsetzen.

Wir warnen und mahnen nochmals. Sollte aber dieser Mahnruf ohne Erfolg bleiben, dann müßten wir zur Ueberzeugung gelangen, daß nicht einmal in national-kulturellen Angelegenheiten ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen möglich ist.

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 22. d. Mts., im Abonnement (Serie rot), abends 8 Uhr, zum erstenmal: „Flachsmann als Erzieher", Komödie in 3 Akten von Otto Ernst.

Samstag, den 23. d. Mts. wird diese Vorstellung im Abonnement (Serie blau) für den ausgefallenen Mittwoch, den 20. April wiederholt!

Letzte Vorstellung Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, außer Abonnement, billige Preise: „Das schwedische Zündholz", Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Hirschfeld.

Die Proben für die Benefizvorstellungen der Schauspieler sind im vollsten Gange. Peter Preses inszeniert das Märchen „Rotkäppchen", mit Fräulein Moly Jankowski als Rotkäppchen; die Schüler der Gymnastikschule Irma Keller üben den entzückenden Reigen „Märchen". Diese Vorstellungen finden um 4 Uhr nachmittags am 26. und 27. April statt. Hermann Gruber leitet den Abschiedsabend mit „Alt-Heidelberg", in dem das gesamte Personal beschäftigt ist. — Der Vorverkauf für all diese Vorstellungen beginnt am Samstag, den 23. April, vormittags 10 Uhr.

Krankenkassa in Bielsko. Den P. T. Mitgliedern wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß Gesuche um klimatischen Landaufenthalt, bezw. um Behandlung im Kurorte, bis spätestens 10. Mai 1932 bei der Direktion der Krankenkasse in Bielsko einzubringen sind. Mitglieder, welche ihren Wohnsitz im Verwaltungsbereiche der früheren Bezirkskrankenkasse in Cieszyn haben, mögen ihre Gesuche bei der hiesigen Krankenkassen-Abteilung in Cieszyn, ul. Bielska Nr. 37, einreichen. Gesuche in obiger Angelegenheit, welche nach dem festgesetzten Termin einlaufen, bleiben ohne Berücksichtigung. Die klimatische Kurbehandlung wird nur in den Grenzen des Budgets und nach Zulässigkeit der Kassenfinanzen gewährt werden. Eingaben um Behandlung im Sanatorium für tuberkulöse Kranke in Bystra können im Laufe des Jahres ohne Rücksicht auf den obigen Termin eingebracht werden. Nachdem solche Krankheiten, die eine klimatische Kurbehandlung zwar für erfolgreich halten, nicht zu den äußerst dringenden Fällen gehören, können gar keine Gesuche um Rückersatz von Kosten aus Anlaß der vorgenommenen klimatischen Kurbehandlung, welche ohne Wissen der Kassenverwaltung geschehen ist, berücksichtigt werden.



Kellogg ehrt Briand

Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg am Grabe des ehemaligen französischen Außenministers Briand in Paris, der sich seinerzeit besonders für die Durchsetzung des Kellogg-Paktes eingesetzt hatte.

Gemeindeausschußsitzung in Alt-Bielitz.

Am Samstag, den 16. d. Mts. fand eine Gemeindeausschußsitzung statt, welche über folgende Punkte zu beraten hatte: 1. Protokoll, 2. Berichte und Einläufe, 3. Heimatsachen, 4. Allfälliges. Der Gemeindevorsteher Gen. Lukas eröffnete dieselbe um 8 Uhr abends mit der üblichen Begrüßung, konstatierte die Beschlußfähigkeit und erteilte dem Sekretär zur Verlesung des letzten Protokolls das Wort, welches nach dem Bericht des Vorsitzenden über die Durchführung der gefaßten Beschlüsse genehmigt wurde. Der Gemeindevorsteher berichtet, daß die Verständigungen über die zu zahlende Gebäudesteuer den Besitzern zugestellt wurden. Gegen die Bemessung rekurierten 6 Besitzer und zwar solche, denen die Gebühr ohnehin sehr mäßig bemessen wurde. Dabei waren auch Staatsangestellte, die außer ihrem Besitz noch einen annehmbaren Monatsgehalt beziehen. Ein übernationalistischer Eisenbahner, namens Liszka, leistete sich noch die Geschmacklosigkeit, daß er der Gemeindevertretung nationalistische Momente unterschieben wollte. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Rekurse abzuweisen, da die Gebühren im Vergleiche zu denen anderer Gemeinden sehr niedrig bemessen wurden. Den überreichten Ansuchen der kleinen Besitzer, welche arbeitslos sind, wurden laut Beschluß die vorgeschriebenen Gebühren auf die Dauer der Arbeitslosigkeit gestundet.

Im Zusammenhang mit der Parzellierungsangelegenheit bei Georg Böhn Nr. 46 berichtet der Gemeindevorsteher, daß der Konsens von der Wojewodschaft eingelangt ist. Es wurde beschlossen, die Baubewilligungen den neuen Besitzern zu erteilen. Die Baukommission hat im Baukonsens die Durchführung der im Bewilligungskonsens der Wojewodschaft enthaltenen Bedingungen vorzuschreiben. Dieser Antrag wurde bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Es wurde eine Zuschrift der Bezirkshauptmannschaft zur Verlesung gebracht, worin mitgeteilt wird, daß in landwirtschaftlichen Gemeinden im Herbst an die Arbeitslosen keine Kartoffeln abgegeben werden. Einige größere Grundbesitzer waren geneigt, den Arbeitslosen Feld zur Verfügung zu stellen und daß diese sich die Kartoffeln selbst anbäuen und pflegen sollen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, von diesem Projekte abzusehen, weil dieses in unserer Gemeinde nicht anwendbar ist und viele Inwohner ohnedies Beete für Kartoffeln bei den größeren Landwirten mieten. Außerdem würde dies zu großen unangenehmen Mißverständnissen führen, so daß die hiesigen Besitzer bereit sind, lieber im Herbst den Arbeitslosen Kartoffeln zur Verfügung zu stellen.

Laut Verständigung durch die Bezirkshauptmannschaft soll die Sanitätskommission in der Gemeinde wieder eine Kontrolle vornehmen. Unter Heimatsangelegenheiten teilt der Vorsitzende mit, da laut Verständigung des Bielitzer Magistrats, die nach Alt-Bielitz zuständig gewesene Hedwig, Therese Bathelt, geb. am 24. April 1879 nach Bielitz aufgenommen wurde; nach Krakau wurde Susanna Lorenz, geb. am 1. April 1872 aufgenommen. Der Bäckermeister Johann Kieczka wurde über Ansuchen infolge Ersitzungsrechtes in den Heimatverband der Gemeinde Alt-Bielitz samt Familie aufgenommen. Das katholische Pfarramt in Bielitz wendet sich in einem Schreiben an die Gemeinde um Erteilung einer Subvention zwecks Herrichtung der Soldatengräber und Errichtung eines Drahtzaunes zum Einzaunen derselben am kath. Friedhof. Der Vertreter der evangelischen Kirchengemeinde stellt dasselb Ansuchen. Nach einer längeren Debatte wurde beschlossen, an die Gemeinden Alexanderfeld und Lobnitz, die an die Alt-Bielitzer Kirchengemeinde angeschlossen sind, zu diesem Zweck etwas beizusteuern. Aus diesem Grunde wird die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Die in Armenunterstützung stehende Anna Hemschik Nr. 199 hat um Erhöhung der Armenunterstützung angesucht. Diesem Ansuchen kann die Gemeinde aus Rücksicht der sehr eingeschränkten Einnahmen momentan nicht Rechnung tragen und wurde diese Angelegenheit auf späterhin vertagt. Das Ansuchen der 76 Jahre alten Hedwig Hansel um Aufnahme in die ständige Armenunterstützung wurde berücksichtigt und erhält dieselbe ab 1. April eine monatliche Unterstützung von 10 Zloty.

Unter Allfälligem berichtet der Gemeindevorsteher, daß von der Bezirkshauptmannschaft an Unterstützungen für Arbeitslose folgende Beträge eingelaufen sind: Im Feber 120 Zloty, welche an 24 Personen zu 5 Zloty beteilt wurden.

Als Ostergeschenk ist ein Betrag von 550 Zloty eingelangt, wovon 55 Personen mit je 10 Zloty beteilt wurden. Außerdem sind 600 Kilogramm Brotmehl ausgeteilt worden. Beteilt wurden die Allerärmsten von den bereits ausgesteuerten Arbeitslosen.

Von der Gemeindekasse wurden außerdem zu Ostern 24 alte, arbeitsunfähige Arbeitslose mit je 10 Zloty beteilt. Ferner sind 8 Tonnen Kohle für die Arbeitslosen angekündigt. Die für Feber und März angekündigten 12 Tonnen Kohle, sind leider noch nicht eingelangt.

Der Gemeindevorsteher berichtet, daß am 2. März 1932 von der Bezirkshauptmannschaft durch 2 Beamte die Kassagebahrung einer Revision unterzogen wurde. Das verfaßte Revisionsprotokoll und der dazugehörige Erlaß wurden zur Verlesung gebracht und zur Kenntnis genommen.

Nach dem verstorbenen Gemeindeangestellten Karl Mikler wurde seine Garderobe meistbietend verkauft. Der Erlös derselben, so wie das von ihm innegehabte Guthaben an der Jahres-Renumeration und Bekleidungspauschale soll in Anerkennung seiner 30jährigen Dienste für die Gemeinde zur Anschaffung eines Grabdenkmales verwendet werden.

Infolge der vielen Sammler, die mit gefälschten Papieren sich als Abbrändler ausgeben, werden die Bewohner aufmerksam gemacht, daß sowohl die Bezirkshauptmannschaft als auch die Gemeinde aus prinzipiellen Gründen zu solchen Sammlungen keine Bewilligung erteilen. Wo solche Sammler auftreten, sollen diesen diese gefälschten Papiere sofort abgenommen und die betreffenden Personen der Polizei übergeben werden. Es wurde beschlossen, mittelst Umlaufzettel die Bewohner nochmals darauf aufmerksam zu machen.

Die Angelegenheit über die definitive Besetzung der Gemeindedienerstelle wird zur nächsten Sitzung vertagt.

Nach Erledigung minder wichtiger Angelegenheiten wurde die Sitzung um 11 Uhr abends geschlossen.

„Wo die Pflicht ruft!"

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei, Bezirk Bielitz.

Am Dienstag, 26. April, findet um 6 Uhr abends, im kleinen Saal des Arbeiterheimes in Bielitz eine

Bezirkskonferenz

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Protokoll; 2. Bericht von der Parteischule; 3. Vorbereitung zur Maifeier; 4. Referat; 5. Allfälliges. Sämtliche Delegierte der Lokalorganisationen, Kultur- und Jugendvereine werden ersucht, vollzählig zu erscheinen. Die Bezirksexekutive.

Gewerkschaftskommission für Bielitz-Biala und Umgebung.

Am Dienstag, den 26. April l. Js., findet um ½5 Uhr nachmittags, im Arbeiterheim eine allgemeine Vertrauensmänner- und Vorständekonferenz statt.

Tagesordnung:

1. **Die gegenwärtige Lage am hiesigen Industrieplatz.**
2. **Vorbereitungen zum 1. Mai.**
3. **Freie Anträge.**

Die Vertrauensmänner aller Branchen und alle Vorstandsmitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Freitag, 22. April, 7 Uhr abends: Volkstanzprobe.
8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.
Samstag, den 23. April, 7 Uhr abends: Maifeierprobe in Alexanderfeld.
Sonntag, 24. April, 9 Uhr vorm.: Bezirkssitzung im Bibliothekszimmer Bielsko. — 6 Uhr nachm.: Gesellschaftsspiele.
Mitgliederaufnahmen finden bei jeder Veranstaltung statt. Die Vereinsleitung.

Achtung Radfahrer. Sonntag, den 24. April l. Js., findet um 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim Alexanderfeld wiec die ordentliche Generalversammlung des Radfahrer-Klubs „Beskid" statt. Radfahrer, welche geneigt sind, beizutreten, haben Zutritt. An alle Mitglieder ergeht der Ruf, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Kamitz. Der Verein jugendlicher Arbeiter in Kamitz veranstaltet am Sonntag, den 24. April, um 5 Uhr nachmittags, im Gemeindegasthaus des Herrn J. Gura, eine Mai-Akademie. Zur Aufführung gelangen gesangliche und deklamatorische Vorträge sowie ein Festreferat (Referent Gen. Dr. Tochten). Nach Schluß der Vorträge Tanz. Entree frei. Um zahlreichen Besuch bittet die Vereinsleitung.

Lobnitz. (Liedertafel.) Am Samstag, den 23. April d. J. veranstaltet der A. G. V. „Wiederhall" in Lobnitz, in den Lokalitäten der Frau Susanna Jenkner eine Frühlingsliedertafel, zu welcher alle Freunde und Gönner des Vereines auf freundlichste eingeladen werden.

20 Jahre deutscher Arbeiter-Schachbund!

In der vergangenen Woche konnte der deutsche Arbeiter-Schachbund auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Wir wollen im Nachstehenden in kurzen Zügen auf seine bedeutungsvolle Entwickelung einen Rückblick halten und für seine der gesamten deutschen Arbeiterkulturbewegung geleisteten Dienste entsprechend würdigen. Gleichzeitig aber wollen wir auch versuchen, aus seiner Geschichte, Nützliches für unsere junge, im Ausbau begriffene Bewegung zu gewinnen.

Bereits im Jahre 1902 fanden sich einige Genossen in Brandenburg a. H. zusammen und beschäftigten sich mit dem Schachspiel. Nach und nach vergrößerte sich der Kreis und so konnte im Jahre 1903 der erste ausgesprochene Arbeiter-Schachverein dortselbst gegründet werden. Durch eifrige Propaganda in der damaligen „Brandenburger Zeitung" erhielt der Verein langsam, aber stetig neuen Zugang von Mitgliedern.

Im Jahre 1904 erschien im „Wochenschach" die Meldung, daß in Frankfurt a. M. ein Arbeiter-Schachklub gegründet wurde. Mit dem neuen Verein wurden sofort Verbindungen aufgenommen und gleich 2 Korrespondenzpartien gespielt, die Brandenburg gewinnen konnte.

Im September 1905 erfolgte die Gründung des Arbeiter-Schachklubs in München. Sehr vorteilhaft unterstützte den neuen Verein das dortige Parteiblatt, daß dem Verein wöchentlich eine Spalte zur Verfügung stellte.

Es folgten 1907 Spandau und Stuttgart mit Gründungen. Leider ging der Spandauer Verein nach kurzer Zeit, infolge Fehlens geeigneter Personen, in die Brüche. Im selben Jahre konnte auch in Chemnitz ein Verein gebildet werden, der auch durch die dortige „Volksstimme" wesentlich gefördert wurde. Somit waren es schon 5 Vereine, die bereits im selben Jahre Korrespondenzkämpfe austrugen. Am 22. Dezember 1907 brachte die „Münchener Post" die Mitteilung, daß ab 1. Januar 1908 die Spalte als Schachzeitung, Zentralorgan der Arbeiterschachvereine, erscheinen wird.

Nach Gründung der Vereine in Nürnberg und Prag, erfolgte von München aus ein Vorstoß in bezug auf Bundesgründung. Leider hatte dieser Vorstoß keinen Erfolg, da anscheinend der Zeitpunkt als verfrüht erschien. Doch lebte der Gedanke fort und nahm in der Folgezeit immer festere Formen an. Es folgten immer weitere Neugründungen, ja sogar im Ausland machten sich schon die ersten Anzeichen der späteren internationalen Beziehungen bemerkbar.

Mitte Januar 1909 erschien die erste Nummer der Deutschen Arbeiterschachzeitung, aber nicht wie geplant, vierseitig, sondern 16seitig. Dies war eine weitere Festigung für die Bestrebungen aller Vereine.

In demselben Jahre gründeten die 4 Vereine der Provinz Brandenburg die „Märkische Schachvereinigung", so daß die Zentralisation weitere Fortschritte machte. — Erneut aber scheiterte ein gegen Ende des Jahres, wiederum von München aus, unternommener Versuch der Bundesgründung.

Das Jahr 1910 brachte wiederum einige Neugründungen, so daß am Jahresschluß bereits 30 Arbeiterschachvereine bestanden. Diese Erfolge ließen, trotz der 2 Fehlschläge, den Gedanken der Bundesgründung nicht ruhen. Diesmal war es die „Märkische Schachvereinigung" die einen derartigen Versuch unternahm. Die gemachten Umfragen zeigten, daß die Zeit der Bundesgründung noch nicht gekommen war.

Dasselbe Bild gewinnen wir vom Jahre 1911. Trotz neuer Gründungen von Vereinen, blieb die Bundesgründung zurück.

Eine erfreuliche Wendung brachte das Jahr 1912. Die Januarnummer der „Deutschen Arbeiter-Schachzeitung" enthielt einen Aufruf an alle Arbeiter-Schachvereine unverzüglich zur Bundesgründung endgültig Stellung zu nehmen. Die März-Nummer brachte bereits die formelle Einladung zur Gründungskonferenz für Ostern (7. und 8. April). Als Tagungsort wurde Nürnberg ausersehen.

Auf dieser so lang ersehnten Tagung nahmen 26 Vertreter von 839 Arbeiterschachlern aus allen Teilen Deutschlands teil. Der Genosse Oehlschläger („Märk. Sch.-Ver.) hielt ein fast 2stündiges Referat, indem er sich mit der Berechtigung der Arbeiter-Schachvereine beschäftigte. Die folgende Abstimmung zeitigt vollkommene Einmütigkeit betr. der Bundesgründung. Anders jedoch war es bei der Festlegung der Satzungen. Die Tendenzfrage brachte einen scharfen Meinungsaustausch. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, daß Bundesvorstandsmitglieder gewerkschaftlich und politisch organisiert sein mußten! Betreffs der Schachzeitung wurde beschlossen, sie bis Dezember 1914 im bisherigen Verlag erscheinen zu lassen, nach Ablauf dieser Zeit im Selbstverlag. Der Termin für das Inkrafttreten des Bundes wurde auf den 1. Juli 1912 festgesetzt. Als Sitz des Bundes wurde Berlin und als Vorsitzender der Genosse Oehlschläger, Berlin, einstimmig gewählt.

Somit könnte man annehmen, daß mit der vollzogenen Bundesgründung die Bewegung mühelos bis zum heutigen Stande sich entwickeln konnte; — aber weit gefehlt! Die ersten Beschwerden zeigten sich bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen München und Berlin. Die Uebernahme der Schachzeitung die ab 1. Januar 1915 erfolgen sollte, brauchte erst gar nicht stattfinden. Der neue Bundesvorstand mußte ab 1. Juli 1912 die Arbeiter-Schachzeitung selbst herausgeben. Diese Differenzen wirkten sich recht ungünstig aus, zumal der Zentalisationsgedanke noch nicht so recht in der Mitgliederschaft verankert war. Es waren die ersten Frühlingsstürme die die Organisation nur mit Mühe überstehen konnte.

Eine noch größere Erschütterung und schwere Rückschläge auf Jahre hinaus, brachte der, 1914 ausgebrochene Krieg. Von den damaligen 817 Mitgliedern verblieben nur ganz wenige in der Heimat, so daß an ein geregeltes Vereinsleben gar nicht zu denken war. Das einzige Bindeglied, die Zeitung, konnte auch nur äußerst beschränkt und zwischen großen Zeiträumen erscheinen. Der für 1915 nach Chemnitz festgelegte 1. Bundestag rückte in weite Ferne.

Nach Kriegsende und nach Abflauen der Revolutionswehen, da wie schon gesagt, in der Zwischenzeit ein geregeltes Vereinsleben durchaus nicht möglich war, konnte die März-Nummer des Jahres 1919 berichten, daß eine Reihe von Vereinen ihre Spieltätigkeit wieder aufgenommen haben. Selbstverständlich ist der Krieg nicht spurlos vorübergegangen und hat große Lücken in die Reihen der Mitglieder gerissen.

Der für 1915 geplante Bundestag konnte reichlich spät im Dezember 1919 in Chemnitz stattfinden. Die Ausbreitung die das Schachspiel während des Krieges erfahren hatte, bedingte, daß der Vorkriegs-Mitgliederstand bei weitem überholt war. Leider machte sich aber wieder die zersetzende Tätigkeit einiger besonders radikaler Elemente bemerkbar, die gewiß der Gesamtbewegung nicht im geringsten förderlich war. Unter dieser Einwirkung stand der Bundestag. Berlin verzichtete auf den Bundessitz. Die Neuwahlen hatten das Ergebnis, daß Chemnitz als Sitz des Bundes und A. Gläser als Vorsitzender, A. Klinke als Redakteur gewählt wurde.

Die neue Bundesleitung hatte nun mächtige Aufgaben vor sich. Sie nahm die Bezirkseinteilung vor, verbesserte und vergrößerte die Zeitung und vor allem bemühte sie sich, die durch Richtungskämpfe auseinanderstrebende Organisation, enger zusammenzuschließen und zu festigen. Noch waren alle diese großen Aufgaben nicht ganz überwunden, da gesellte sich eine neue, nicht zu unterschätzende Gefahr, die Inflation. Trotzdem konnte Ostern 1923 in Berlin das 1. Internationale Schachturnier bei einer Beteiligung von 500 Schachgenossen aus dem Reich und dem Ausland, stattfinden. Anschließend wurde die Arbeiter-Schach-Internationale gegründet. Im folgenden Jahre mußte, bedingt durch die gewaltige Ausbreitung des Bundes, die 10 000 waren bereits überschritten, die Geschäftsstelle in Chemnitz bezogen werden, um die Verwaltungsarbeiten bewältigen zu können.

Es würde zu weit führen, wollte man an dieser Stelle die, an sich schon stark gekürzte, Entwickelungsgeschichte in den folgenden Jahren wiedergeben. Selbstverständlich gab es kein Ausruhen, sondern im Gegenteil wurde an der Fortentwickelung, sei es in schachlicher oder organisatorischer Hinsicht, mit allem Ernst gearbeitet. Dank dessen konnte der deutsche Arbeiter-Schachbund zu dem werden, was er in der heutigen deutschen Arbeiterkulturbewegung darstellt.

Daß wir als polnischoberschlesische Arbeiterschachler an der Deutschen Schachbewegung so große Interesse zeigen, mag wohl einerseits an der ehemaligen Mitgliedschaft einer Reihe unserer heutigen Schachfreunde liegen, andererseits aber der Gedanke, daß wir an der Verwirklichung eines gemeinsamen Zieles kämpfen.

So nehmen wir regen Anteil an dem 20jährigen Jubiläum des Deutschen Arbeiter-Schachbundes und wollen uns die Erfahrungen im Aufbau desselben für unsere noch weit, weit zurückliegende Bewegung zunutze machen. Damit glauben wir die beste Würdigung den deutschen Genossen, die sich um das Arbeiterschach verdient gemacht haben, erwiesen zu haben. G. K.



Vom Freiheitskampf der Flamen

Ein Demonstrationszug von 10 000 jugendlichen Flamen durchzieht die Straßen Antwerpens, um ihren Protest gegen eine Regierungsmaßnahme zum Ausdruck zu bringen.

An die arbeitende Jugend!

Die Völker der Erde durchleben eine Krise von unerhörtem Ausmaß, die in der Geschichte der Menschheit kein Beispiel findet. Die „Ordnung" der kapitalistischen Wirtschaft ist tief erschüttert. Die Arbeitslosen sind zu einer Riesenarmee von 30 Millionen Männern, Frauen und Jugendlichen angewachsen. Neben den Arbeitslosen kämpfen heute breite Schichten der noch in Arbeit stehenden Proletarier um die Erhaltung ihrer nackten Existenz.

In einem grausamen und opfervollen Anschauungsunterricht offenbart das kapitalistische Wirtschaftssystem erneut seine Unfähigkeit zur planmäßigen Versorgung aller Menschen mit den lebensnotwendigsten Gütern. Eine wesentliche Ursache dieser Wirtschaftskrise bildet die gespannte internationale politische Situation. Bis heute warten die Völker vergebens auf eine endgültige Regelung der durch den Weltkrieg entstandenen Schuldenverpflichtungen. Unerfüllt ist auch das feierliche Versprechen der Friedensverträge, mit der Abrüstung der Mittelmächte eine allgemeine internationale Abrüstung einzuleiten. Die

Völker starren wieder in Waffen.

Die Eröffnungssitzung der Abrüstungskonferenz in Genf war begleitet vom Geschützdonner auf den Kriegsschauplätzen des Fernen Ostens. Die bisherigen Verhandlungen dieser Abrüstungskonferenz versprechen bestenfalls einen langsamen Fortschritt in der Richtung der endgültigen Befriedung der Welt.

Ein schneller Erfolg der Bemühungen um einen wahren und dauernden Völkerfrieden wird wesentlich erschwert durch die Haltung der Faschisten und der Nationalisten aller Länder, die in der Gewalt das entscheidende politische Kampfmittel nach innen und außen sehen.

Der Faschismus

ist heute mehr denn je eine der größten Gefahrenquellen in der Politik vieler Länder und im internationalen Maßstab. Sein Stoß richtet sich in erster Linie gegen die Demokratie, gegen die sozialistische Arbeiterbewegung und gegen alle Kreise, die in der vertrauensvollen Zusammenarbeit der Völker die größte Sicherheit für den Weltfrieden sehen.

Es ist eine schicksalsschwere Zeit, die die Menschheit in diesen Not- und Sturmjahren durchlebt. Die **Gefahr eines völligen politischen und wirtschaftlichen Chaos** liegt als schreckliche Drohung über den Völkern, und die Sorge um die nächste Zukunft und um den alltäglichen Daseinskampf drückt die Menschen nieder.

Arbeitende Jugend! Diese Zeit formt auch dein Schicksal! Die Jahre deiner Jugend bringen dir nichts von den viel gerühmten Schönheiten der Jugendzeit. Sie sind Jahre der Not, der härtesten politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, Jahre qualvoller Ungewißheit und zermürbenden Wartens. Es bleibt kein Raum zur Besinnung, und es gibt auch keinen Ausweg durch die Flucht.

Das Leben unserer Zeit fordert

von den Jungen täglich und stündlich Entscheidungen.

Arbeitende Jugend, entscheide dich! Notzeiten sind immer Zeiten der Hochkonjunktur für Propheten und Wundergläubige. Sie wenden sich heute vor allem an die Jugend. Laß dir trotz aller Not und trotz aller Bedrängnis den Blick für die Wirklichkeit der Kampfesbedingungen nicht trüben und die ruhige Ueberlegung nicht rauben. Die arbeitende Jugend kann ihr Schicksal nicht tragen mit der Ergebenheit des Duldens, die selbst in dem namenlosen Elend unserer Tage eine tiefere Gerechtigkeit sucht. Sie muß aber auch wissen, daß es ebensowenig eine Erlösung mit einem Schlag durch ein Wunder gibt. Weder die Gewalttheorie des Faschismus und des Nationalsozialismus, noch die von den Kommunisten propagierte Gewaltpolitik vermögen die Not der arbeitenden Klasse und ihrer Jugend zu überwinden und Wege zu einem neuen Aufstieg zu weisen.

Es gibt für die arbeitende Jugend nur einen Weg zu Arbeit, Brot und Frieden. Das ist

der Weg des Sozialismus.

Der Sozialismus war das leuchtende Ziel des Proletariats, als es vor fast hundert Jahren seinen eigenen Weg zur Befreiung aus der Unterdrückung betrat. Der Sozialismus hat die Arbeiterklasse der Welt geführt in ihrem schweren Kampf um die Anerkennung ihrer Ansprüche in Staat und Wirtschaft. Der Sozialismus vereinigt heute unter seinen roten Fahnen die größte Macht der Welt, die für die Befreiung der arbeitenden Menschen kämpft, die internationale sozialistische Arbeiterbewegung. Zuerst verspottet, dann verfolgt, und heute in seinen Symbolen mißbraucht von seinen erbittertsten Gegnern, stets umgeben von einer Welt von Feinden, so ist der Sozialismus unbeirrt seinen Weg gegangen, getragen von der festen Ueberzeugung, daß seine Stunde kommt, daß der Tag kommen muß, an dem die Menschen erkennen, daß sein Ziel, die Neugestaltung der wirtschaftlichen und politischen Ordnung, der Sieg des Ideals über den Eigennutz, die Erhebung des arbeitenden Menschen zum Träger eines höheren menschlichen Gemeinschaftslebens, daß sie allen den Weg zur Höhe weisen. Millionen sind ihnen gefolgt, und als Achtung gebietende Macht steht die sozialistische Arbeiterbewegung heute vor uns.

Gerade in dieser Notzeit offenbart sich deutlich die Stärke und die Lebenskraft der sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie ist das unüberwindliche Bollwerk gegen die Sturmflut des Faschismus und der sozialen Reaktion. Die sozialistische Arbeiterbewegung sichert durch ihre Kämpfe die politischen Rechte der Arbeiterschaft in der Demokratie. Sie schützt die arbeitenden Menschen durch ihre sozialpolitischen Errungenschaften vor der bittersten Not der Krise, und sie weist Millionen Menschen in dieser Zeit schwerster Erschütterungen durch ihre Idee und ihre praktische Arbeit Weg und Ziel. Die Gegner verkünden das nahe Ende des „Marxismus". Sie jubeln zu früh. Die sozialistische Arbeiterbewegung steht unerschüttert und

siegesgewiß im Kampf

Noch nie ist die Forderung nach dem Sozialismus so sehr Gegenwartsaufgabe gewesen wie in dieser Zeit. Wir waren noch nicht stark genug, um die Krise zu verhindern und die Angriffe der Gegner im Keime zu ersticken, aber täglich zeigt sich deutlicher, daß die Entwicklung in Staat und Wirtschaft national und international zu sozialistischen Lösungen drängt. **Der Kapetilismus ist ebenso unfähig die Krise mit kapitalistischen Mitteln zu lösen, wie der Nationalismus ohnmächtig der internationalen Verpflechtung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens gegenübersteht.**

Wir wissen auch, daß in den Menschen der Gegenwart tiefer denn je die Sehnsucht lebt nach einer radikalen Umgestaltung der Gesellschaft, die endgültig Krisen und Krisennot aus dem Leben der arbeitenden Menschen verbannt. Diese Sehnsucht zu der Erkenntnis zu vertiefen, daß sie nur erfüllbar ist im Kampf für den Sozialismus, das ist die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse und vor allem ihrer Jugend in der Gegenwart.

Die sozialistischen Jugendverbände

rufen die arbeitende Jugend, mit hunderttausenden überzeugter junger Sozialisten in den sozialistischen Jugendverbänden mitzuwirken an der Erfüllung dieser geschichtlichen Aufgabe. Hier ist der feste Zielpunkt der arbeitenden Jugend in dieser chaotischen Zeit, hier wird der Weg gewiesen, der sicher und sichtbar aus der Not der Gegenwart in eine hellere Zukunft führt. Arbeitende Jugend, marschiere mit am Weltfeiertag der Arbeit!

Du darfst nicht fehlen

wenn das junge und das erwachsene Proletariat öffentlich Zeugnis ablegt von einem Willen zum Kampf gegen Wirtschaftsnot und Faschismus, zum Aufbau der neuen sozialistischen Welt.

Das Büro der Sozialistischen Jugend-Internationale

Karl Heinz-Wien, Erich Ollenhauer-Berlin, Ernst Paul-Prag, Koos Vorrink-Amsterdam, Hans Hansen-Kopenhagen, Ludwik Cohn-Warschau, Valere Aubry-Jolimont (Belgien).

22 mexikanische Banditen hingerichtet

Mexiko. Am Donnerstag sind in Huatusco der Bandenführer Leyva und 21 Banditen, die am 16. März die Stadt Paso del Macho überfallen hatten und nach scharfem Kampf mit Regierungstruppen gefangen genommen worden waren, standrechtlich erschossen worden.

Im Ueberschwemmungsgebiet der Save

Fast 6000 Häuser unter Wasser.

Belgrad. Wie der Sonderberichterstatter der „Prawda" berichtet, ist die Save am Donnerstag erneut gestiegen, so daß keine Aussicht auf ein baldiges Abfließen des Hochwassers besteht. Im Mittellauf des Flusses stehen 5987 Häuser unter Wasser, von denen 600 bereits vollständig eingestürzt und ungefähr 2000 schwer beschädigt sind.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,45: Schallplatten. 20,15: Leichte Musik. 22,10: Chopin-Konzert. 22,55: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12,10: Schulmatinee. 12,45: Schallplatten. 15,05: Vorträge. 18,05: Hörspiel für die Jugend. 18,50: Verschiedenes. 20,15: Leichte Musik. 22,10: Chopin-Konzert. 22,40: Abendnachrichten und Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Sonnabend, den 23. April. 16: Die Filme der Woche. 16,30: Orchesterkonzert. 17,40: Topografischer Spaziergang im alten Breslau. 18: Der Mensch des Geistes und der Tat. 18,15: Die Zusammenfassung. 18,40: Das wird Sie interessieren! 19: Wetter. — Abendmusik. 19,55: Wetter. 20: Heiterer Abend. In der Pause: Abendnachrichten. 23: Tanzmusik.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Friedenshütte. Am Freitag, den 29. April, nachmittags 5 Uhr, bei Machuletz Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Kowoll.

Nikolai. Am Sonnabend, den 23. April, um 6 Uhr abends, findet die fällige Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt im bekannten Lokale, auf der ulica Miarki, statt. Referent: Genosse Matzke.

Internationaler Frauentag.

Kattowitz, am 26. April, abends 6 Uhr, im Zentralhotel. Referent: Genosse Buchwald.

Königshütte, am 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, Volkshaus. Referentin: Genossin Kowoll.

Neudorf, am 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, bei Gorecki. Referent: Genosse Knappik.

Siemianowitz, am 10. Mai, nachmittags 5 Uhr, bei Pawera (früher Ucher). Referentin: Genossin Kowoll.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Sonntag: Heimabend.

Kattowitz. (1. Arbeiter-Schwimmverein.) Am Freitag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen, da die Mitgliedskarten ausgehändigt werden. Auch die Beiträge müssen unbedingt bezahlt werden, wenn die Mitgliedschaft erhalten bleiben soll. Frei Naß!

Touristenverein „Die Naturfreunde". (Bezirkskonferenz.) Am Freitag, den 22. April, abends 6 Uhr, findet im Zentralhotel Kattowitz eine Bezirkskonferenz statt, zu der die Obleute der Ortsgruppen und die Führer der einzelnen Sektionen eingeladen sind. Um pünktliches Erscheinen ersucht die Bezirksleitung.

Königshütte. (Zentralverband der Zimmerer.) Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 22. April d. Mts., nachmittags 6 Uhr, im Dom Ludowy, ulica 3-go Maja 6, Büfettzimmer statt.



Vor neuen kriegerischen Verwicklungen im Fernen Osten?

Die Spannung, die zwischen Japan und Rußland seit der Besetzung der Mandschurei durch Japan besteht, hat sich in den letzten Tagen beträchtlich erhöht. An der ganzen sibirisch-mandschurischen Grenze entlang werden Truppenansammlungen Rußlands beobachtet, das behauptet, Japan wolle nach seinen geglückten Ueberfällen auf die Mandschurei und Schanghai nun auch das russische Ost-Sibirien angreifen. — Rußland zu Japan: „Bei Dir kommt scheinbar auch der Appetit mit dem Essen".

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

An die Ortsvereine der D. S. A. P. des oberschlesischen Bezirks.

Werte Genossen! Werte Genossinnen!

Gemäß dem Organisationsstatut beruft der Bezirksvorstand für Sonntag, den 24. April, vormittags 9,30 Uhr, nach Königshütte ins Volkshaus, die diesjährige

Bezirks-Konferenz

mit folgender Tagesordnung ein:

1. **Eröffnung, Konstituierung und Wahl der Mandatsprüfungskommission.**
2. **Geschäftsberichte: a) der Parteileitung, b) des Kassierers.**
3. **Diskussion zu beiden Punkten.**
4. **Wahl des Bezirksvorstandes.**
5. **Wohin steuert der politische Kurs? (Kapitalismus, Kommunismus oder Sozialismus). Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.**
6. **Diskussion zum Referat.**
7. **Anträge und Verschiedenes.**

Die Beschickung der Konferenz erfolgt nach den von der Parteileitung im Rundschreiben gegebenen Richtlinien.

Sorgt für vollzähliges Erscheinen aller Delegierten! Ohne Mitgliedsbücher keinen Zutritt!

Mit sozialistischem Gruß
Für die Parteileitung:
J. A. Johann Kowoll.

Bismarckhütte. Touristenverein „Die Naturfreunde" veranstaltet am Sonntag, den 24. April 1932, nachm. 6½ Uhr, im Hüttenkasino (Brzezina) einen Theaterabend, betitelt „Der Geizige", ein lustiger Schwank in drei Aufzügen, verbunden mit Volkstänzen und einem Goralentanz. Die Pausen werden von einer erstklassigen Kapelle der Naturfreunde ausgefüllt. Da der Reinertrag für das fünfjährige Jubiläum bestimmt ist, werden die Genossen, Gönner und Freunde anderer Ortsgruppen herzlich gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Siemianowitz. (Maifeier.) Die Vorstände der D. S. A. P., Ortsausschuß der Freien Gewerkschaften, sowie der P. P. S., finden sich am Freitag, den 22. April, um 7 Uhr abends, im Vereinslokal „2 Linden" zur Besprechung der Maifeier zusammen.

Siemianowitz. Sonnabend, den 23. April, nachmittags 3½ Uhr, findet im Bienhofpark eine Volksversammlung statt. Zu dieser Versammlung erscheinen als Referenten Sejmabgeordneter Gen. Kowoll und Gen. Stanczyk. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen aller Genossen, Genossinnen und Interessenten.

Für die Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen aus Anhalt, Kosztow, Lawek und Lendzin bietet sich Gelegenheit, einem Vortrag über die neue Rentenversorgung beizuwohnen. Die Ortsgruppe Anhalt des alten Wirtschaftsverbandes veranstaltet zu diesem Zweck eine gemeinschaftliche außerordentliche Versammlung, die am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in Anhalt stattfindet. Alle, die sich zu dem alten Wirtschaftsverbande bekennen oder ihm noch beizutreten gedenken, sind dazu eingeladen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß der Verbandsvorsitzende, Direktor Kotterba, in seinem Geschäftszimmer in Kattowitz, Kozielska 8 (früher Gartenstraße) werktäglich von 9½ bis 10½ Uhr vormittags, anzutreffen ist.

Kostuchna. (Maifeier.) Am Sonntag, den 24. April, findet im Lokale des Herrn Krause, Kostuchna, um 4 Uhr nachmittags, eine Versammlung der D. S. A. P., Freien Gewerkschaften, mit der P. P. S. und dem Zentralverband, statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur 1. Maifeier. Erscheinen Aller, dringend erbeten.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am kommenden Sonntag, den 24. d. Mts., abends ½8 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Kattowitz des „Bundes für Arbeiterbildung" ihren diesjährigen Abschlußabend. Im Rahmen dieser Veranstaltung spricht im Saale der „Reichshalle" der Abgeordnete Dr. S. Glücksmann-Bielitz über das Thema „Planwirtschaft!" Es wirkt außerdem der Kattowitzer Volkschor „Freie Sänger", in Stärke von über 100 Personen, mit. Da die Eintrittspreise nur 0,30 Zloty und für Arbeitslose 0,10 Zloty betragen, ist mit einem Massenbesuch zu rechnen. Die gesanglichen Darbietungen stehen unter Leitung von Georg Steinitz-Kattowitz.

Siemianowitz. Am Sonnabend, den 23. April 1932, abends 7¼ Uhr, im Metallarbeiterbüro Vorstandssitzung. Die Delegierten vom Otsausschuß, sowie der Kulturvereine, werden dazu eingeladen.